

Darum haben sich die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitererschaft nie, namentlich nicht in den letzten Jahren, auf bloße Kritik beschränkt, sondern ihre eigene Auffassung, ihre eigenen Vorschläge zum Besseren in aller Deutlichkeit vorgetragen. Manches ist erreicht, manche Anregung erst spät verwirklicht worden, oft nach anfänglich hartem Widerstand.

Gerade ihr Bekenntnis zum eigenen Volk, zum Staat war eine der stärksten Triebkräfte der Gewerkschaften zur eifrigen Pflege guter internationaler Beziehungen mit dem Ziel der friedlichen Annäherung der Völker. Diese Beziehungen haben unendlich beigetragen zum steigenden Verständnis unserer Nachbarvölker für die drohenden Bestimmungen, die die Friedensverträge mit allem Drum und Dran Deutschland auferlegten. Sie tragen aber auch dazu bei, die Arbeitsbedingungen in allen Ländern einander möglichst anzugleichen, räumen also eine der Hauptbeschwerden der Wirtschaft aus der Welt, sie könne wegen der niedrigen Löhne usw. der anderen Länder ihre Verpflichtungen auf dem Weltmarkt nicht einhalten.

Ignoranten und Böswillige zeihen die Gewerkschaften der Staats- und Wirtschaftseindlichkeit, urpatorischer Gelüste und schonungsloser Führung des Klassenkampfes. Die Klassen sind keine Erfindung der Gewerkschaften, sondern eine Schöpfung der bestehenden Wirtschaftsform. Jede Klasse vertritt ihre Interessen, „kämpft“, um sie durchzusetzen. Die Gewerkschaften tun nichts anderes, sie haben aber im Gegensatz zu mancher anderen Klassenvertretung viel häufiger Opfer für die Allgemeinheit gebracht, getragen von ihrem Wirklichkeitsinn, von ihrem Verantwortungsgesühl, von ihrem Glauben an eine Zukunft, die jedem Bürger das relativ höchste Maß an Wohlergehen bringen wird.

Schwarzweißrote Religion.

Doering, das Schreckenskind Westarps.

Nach dem Katolikentag von Breslau begann Graf Westarp sein Werben um das Zentrum mit einer tiefen Beueugung vor katholischer Toleranz. Er schrieb in der „Kreuzzeitung“:

„Auch das soll nicht unerwähnt bleiben, daß auf diesem Katolikentag bei aller selbstverständlichen Betonung des katholischen, konfessionellen und kirchlichen Standpunktes nach den vorliegenden Berichten kein Ton einer Störung des konfessionellen Friedens erklungen ist. Im Gegenteil, man hat wiederholt ernste und zutreffende Worte über die Notwendigkeit gefunden, ihn zu wahren und im Schlüsselwort eine Neuherstellung des verstorbenen Kardinals Fischer auf einem früheren Katolikentag in Düsseldorf angeführt, deren Inhalt auch wir uns voll zu eigen machen.“

„Die Spaltung im Glauben ist das beklagenswerte Mißgeschick unseres Vaterlandes und unseres Volkes. Aber sie ist eine Tatsache, die Gott zugelassen hat, die wir einstweilen nicht ändern können.“

Aber wehe dem, der dieses Mißgeschick ausbeutet, und der die Klüft, die mitten durch das Herz unseres Volkes geht, zu einer noch mehr klaffenden machen wollte! Wer das tut, der ist ein Verräter am Vaterlande.“

Dies Bekenntnis zur Toleranz in konfessionellen Fragen wird illustriert durch die Tagung des Evangelischen Bundes in Dresden. Dort hat der Berliner Domprediger Dr. Doering mit Haßgefängen gegen den Katholizismus

geantwortet. Diese Haßgefänge waren schwarzweißrot und nationalistisch verbrämt. Die Gänge waren nach einem Bericht der „Germania“: Deutschtum ist gleich Luthertum, also wer katholisch ist, ist nicht deutsch; Ultramontanismus ist gleich Bolschewismus; an Rom sterben die Völker. Erbittert stellt die „Germania“ fest: „Das erste an der Religion ist die Politik“. Sie bescheinigt Doering, daß seine Religion gleich schwarzweißrotem Nationalismus sei.

Der Domprediger Dr. Doering hat einen dicken Strich durch die wohlberechneten, die Toleranz predigenden Worte des Grafen Westarp gemacht.

Kleinbürger.

Das dunkle Geheimnis um Maslow.

Die „Rote Fahne“ tobt gegen die Erklärung der 700 wie ein mildgewordener Spießbürger. Um abzulenken, beschimpft sie die bereits ausgeschlossenen. Ueber Maslow schreibt sie:

„Der Versuch eines Maslow, sich als „ehrlichen revolutionären Genossen“ hinzustellen, bedeutet den Gipfel der Frechheit. Dieser „Revolutionär“ machte bei seiner Verhaftung im Jahre 1921 vor der Polizei die erlogene Aussage, „er sei von Lenin und Trotzki nach Deutschland geschickt worden, um die Partei zu führen“. Dieser Maslow erklärte im Jahre 1925 vor dem Staatsgerichtshof, er habe mit Maslow nichts zu tun und die deutsche Revolution sei für zehn Jahre begraben. Niemand, auch kein oppositioneller Genosse weiß, wer Maslow ist, woher Maslow kommt, und was Maslow bis zum November 1918 getrieben hat.“

Dieser letzte Satz soll ahnen lassen, hinter Maslow verberge sich ein dunkles Geheimnis. Also was ist's mit Maslow: Räuber oder Mörder, Ostranemann oder Zuhälter?

Die in der „Roten Fahne“ so schreiben, müssen wissen, wer, woher und was. Maslow war immerhin seit Ende 1923 bis zu seiner Verhaftung, und selbst dann noch, der Führer der SPD. Ist es ein dunkles Geheimnis, das sich hinter Maslow verbirgt — wie konnten sie, „ehrliche, revolutionäre Genossen“, die sie doch sein wollen — damals schweigend ihn dulden, und ihn dulden schweigen? Ist es ein dunkles Geheimnis — was war dann die SPD, und was ist sie dann?

Wir wissen nicht, ob ein dunkles Geheimnis sich hinter Maslow verbirgt. Aber wir ahnen, was die „Rote Fahne“ andeuten will. Diese „Revolutionäre“ sind so befangen in kleinbürgerlichen Anschauungen, daß sie Maslow für unehrlich halten, so wie man früher Schauspieler für „unehrliche Leute“ hielt. Das „dunkle Geheimnis“ dieser Spießbürger entpuppt sich als Pointe gegen das Varieté. Wer Maslow ist, woher er kommt, was er getrieben hat? Man sagt, er sei Artist gewesen. Das ist weder ehrenrührig noch herabsehend, weder unehrlich noch gegenrevolutionär. Ist das die Pointe der „Roten Fahne“? Ist man dort schon so verbürgerlicht, daß man um deswillen sich von dem „Unehrlichen“ abkehrt?

Ist es nicht das — warum dann keine offene Sprache, sondern eine dunkle Verdächtigung? Ist es sonst ein kommunistisch-bolschewistisches Staatsgeheimnis?

Umbildung des Reichsfinanzministeriums.

Eine nachgeholtte Vereinigung.

Die Umbildung des Reichsfinanzministeriums, die auf Grund einer Verordnung des Reichspräsidenten durchgeführt wird, beschränkt sich lediglich auf die Zentralbehörde, also das Reichsfinanzministerium selbst. Mit dem noch bevorstehenden

Abbau einiger Ministerialräte und Amtmänner dürfte die Umbildung zunächst erledigt sein. Die weitere überzählige werdenden Beamten sollen in die Außenverwaltung versetzt werden. Die von weiten Kreisen der Beamten der mittleren und unteren Gruppen gehegte Befürchtung, daß mit Anwendung des § 24 des Reichsbeamtengesetzes durch Verordnung ein zweites allg. gemeiner Beamtenabbau vorgenommen werden könnte, geht, wie wir zuverlässig erfahren, fehl. Man steht auch im Reichsfinanzministerium auf dem Standpunkt, daß es zu einer Umbildung der Steuer- und Zollverwaltung und Verlegung einer größeren Zahl von Beamten in den Wartestand eines ordnungsgemäßen Gesetzes bedarf. An einen solchen Abbau wird aber weder in den genannten noch in anderen Reichsverwaltungen gedacht. Es ist vielmehr bestimmt anzunehmen, daß die im § 3 der Verordnung des Reichspräsidenten vorgesehene Anzeige über die Beendigung der Umbildung des Reichsfinanzministeriums alsbald ergehen wird. Damit ist verbunden, daß der § 24 des Reichsbeamtengesetzes künftig ebenso wie bisher nur angewandt werden darf, wenn das von dem Beamten verfehene Amt zu bestehen aufhört. Bei dem Umbildungsprozeß im Reichsfinanzministerium ist zu berücksichtigen, daß dieses die einzige Reichszentralbehörde und einzige Reichsbehörde überhaupt gewesen ist, an der der Personalabbau spurlos vorüberging. Dr. Luther und v. Schlieben haben stets ihre schützende Hand über ihn gehalten, so daß das Ministerium schließlich derart unberührt wurde und eine Umbildung zur Notwendigkeit wurde.

Der korrigierte Held.

Eine Rede in zwei Auflagen.

München, 13. September. (Eigener Drahtbericht.) Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held hat auf dem am Sonntag in Kempten abgehaltenen schwäbischen Katholikentag neuerdings eine im deutsch-nationalen Sinne gehaltene Attacke gegen den Völkerbund gerichtet und dabei erklärt, „daß der Völkerbund und die pazifistische Weltanschauung, wie sie heute Geltung habe, nicht die Billigung des deutschen Volkes finden könne“. Seine ganze Stellungnahme gegen den Völkerbund hat aber nicht die Billigung des bayerischen Ministeriums des Neuhern gefunden, das am Montag nachmittag die Rede in ihren entscheidenden Stellen umkorrigierte. Nach diesem nun offiziellen Wortlaut hat Dr. Held folgendes gesagt: „Ich bekenne mich als Anhänger eines Völkerbundes, aber nicht eines solchen, der mit der Verfolgung einseitiger Interessen niemals das erfüllen kann, was sein Name sagt. Ich bekenne mich als Anhänger eines Pazifismus, aber nicht eines solchen, der die Interessen eines Vaterlandes und der Nation vollständig aus dem Auge läßt. Welchen Wert hat ein Völkerbund, in dem die größte moralische Macht der Welt nicht vertreten ist? Berühmte internationale pazifistische Anschauungen und darauf beruhende Auffassungen über den Völkerbund, wie sie heute vielfach gehalten werden, können niemals die Billigung des deutschen Volkes finden. Als Christ und als Deutscher muß man fordern, daß der Völkerbund nicht zum Werkzeug der Staaten gemacht wird, die man einst „Siegerstaaten“ nannte. Was wir fordern, ist ein universaler Bund, eine wirkliche Gemeinschaft der Völker. Der Vertrag von Versailles raubt aber dem deutschen Volk die elementarsten Rechte, als gleichberechtigte Großmacht am Völkerbund zu wirken.“ Das bayerische „Ministerium des Neuhern“ wird von Held selbst verantwortlich geleitet. Während er in Kempten redete, haben seine Beamten den Allgäu-Schmutz wieder einrenken müssen, damit nicht allzu viele Echerden entständen.

Internationale gewerkschaftliche Werbewoche!

Parteigenossen und Gewerkschafter, tut eure Pflicht!

Völkisches Delirium.

Von Hans Bauer.

Handwerk hat schließlich goldenen Boden, und gelernt ist gelernt: so giftig-dumm dieser berufsmäßig ausgebildete Antisemitismus auch ist, so wenig wollen wir ihm doch die Stunden herzerguidender Fröhlichkeit vergessen, die er uns schon beschert hat. Neuerdings beschert er uns diese Stunden seltener, denn die Gewohnheit hat uns gegen unfreiwillige Scherze des Antisemitismus reichlich abgestumpft, um so dankbarer wollen wir aber immer der Kapitulation auf diesem Gebiete gedenken und den Sinn für Spitzleistungen uns nicht trüben lassen.

Der eine der Attentäter von Veiserte heißt Weber, der andere Schlesinger. Das scheint für die tiefere Würdigung der Größe ihrer Verbrechen so nebensächlich zu sein wie die Tatsache, daß zwei der wichtigsten Nordbuben der deutschen Kriminalgeschichte Haarman und Dente hießen. Aber da hat nun die völkische Presse ein, und so wenig sie daran dachte, diese beiden der Religionsgemeinschaft an die Rockschöße zu hängen, der sie zufällig angehörten, so wenig denkt sie natürlich auch daran, den Namen Webers in Verbindung mit seinem Bekenntnis zu bringen. Jedoch Schlesinger! Klingt das nicht jüdisch? Es klingt so, ist es aber in diesem Falle zufällig nicht, aber das schreit die Völkischen natürlich leinestweils, und statt schlechtlich „der Verbrecher“, sagen sie, weil dieser christliche Name das Pech gehabt hat, auf einem Blatt Papier vielleicht einmal neben dem eines wirklichen Israelfreien gestanden zu haben: „der Jude“! So etwas sind wir gewöhnt, und unser Humorbedürfnis wird dadurch wenig befriedigt. Aber nun kommt es wirklich lustig. Irgendein Blatt hat rein als Referat Angaben wiedergegeben, die Schlesinger über seine Herkunft gemacht hat und geschrieben, daß er der „Sohn einer Witwe“ sei.

Da haben wir's ja, plagt das „Deutsche Tageblatt“ heraus, und blicklichtartig findet es die Situation beleuchtet. Wie aber ist die Situation? Ei, Schlesinger, von dem wir bislang annahmen, daß in ihm, dem greulichsten Attentäter, kein Mensch in Deutschland etwas anderes sähe als einen gewissenlosen Verbrecher, Schlesinger soll auf dem besten Wege sein, das Hässlichkind, der Liebling, das Protektionspüppchen der Judentum aller Schattierungen zu werden! Uns stockt der Atem und wir lassen ein entsetztes: Wieso denn?

Nun, die Leute Wulles, die sich von der Wehrzahl der Juden zum Beispiel auch darin unterscheiden, daß sie im Alten Testament so heimlich sind, wie sie es in den Ministerien gern werden möchten, haben ausgeknobelt, daß der Erbauer des Salomonischen Tempels ein gewisser Hiram war, aus dem Stamme Naphtali, und daß er eine Witwe zur Mutter hatte. Demnach also habe das zitierte Blatt ein Notsignal an alle mit der Judentum verbundene Welt losgelassen, einen Hilferuf, dem Blutsgenossen jetzt beizuspringen,

ihn zu schützen, ihn rauszuhauen, seine Schande auf das deutsche Volk abzuwälzen. Uebrigens...

Uebrigens habe auch der Sohn des Breslauer Synagogenvorstehers Selbstmord begangen.

Breslau? Wir wissen im Augenblick nicht gleich, was es damit auf sich hat. Aber mit dem grenzenlosen Kombinationsvermögen, das die Letztüre völkischer Zeitungen uns anerkennen hat, ahnen wir düstere Zusammenhänge. Gewiß hat jener den Freitod auf sich genommen, weil der Rindermord der Aufklärung entgegensteht.

Aber nein, er beging den Selbstmord, „bepor“ der Rindermord aufklärt ist...

Es ergibt sich also, daß ein Nichtjude mit einem Namen, wie ihn manche Juden tragen, zur selben Zeit eines Verbrechens unfähig wird, da ein Jude aus einer Stadt, in der ein unaufgeklärtes Verbrechen begangen worden ist, Selbstmord verübt, während gleichzeitig die vom „Deutschen Tageblatt“ als jüdisch bezeichnete Presse feststellt, daß der Nichtjude mit einem alttestamentlichen Tempelbauer die Witwenchaft seiner Mutter gemein hat.

Frage: Wenn dem allen so ist, wieviel Köllings haben dann im Oberflüßchen Wulles Platz, vorausgesetzt, daß 17 Schröder auf einen Tenhold gehen?

Ein Frauenkreuzzug in Frankreich.

Man schreibt uns aus Paris: Wannigsaß sind die Dinge, um die es im privaten und öffentlichen Leben zu kämpfen gilt. Was in einem Lande längst alltäglich geworden, das wird im anderen erst schwer erkämpft. In Frankreich ist es die Frau, die noch an den Ueberresten einer alten Zeit zu tragen hat und vergebens versucht, als gleichberechtigte Bürgerin angesehen zu werden. Noch immer haben die Frauen ihr Wahlrecht nicht erkämpft und all ihr Reden und Fordern begegnet dem skeptischen Lächeln der Besserwisser: das Volk sei noch zu weit davon entfernt, der Frau politische Rechte zu geben und die Frau selber verlange ja gar nicht danach. Einige energische Vorkämpferinnen der Frauenrechte sind nun in dem Bestreben, das Volk mit der Idee der Gleichberechtigung der Geschlechter vertraut zu machen, auf die Methode verfallen, die Einbildungskraft der kleinen Leute durch eine Straßenpropaganda zu beeinflussen. Man darf ja nicht vergessen, daß der Franzose außerordentlich empfänglich ist für das Straßenkuppel, für alles Gesehene, das sich bildlich in seine Erinnerung eingegraben hat. Man veranstaltet also eine Propagandafahrt, einen modernen Kreuzzug der Frauen über ganz Frankreich, über die entlegensten Städte und Dörfer. In einem großen Autowagen fahren elf unternehmende Damen in Hüten umher, auf denen in goldenen Buchstaben der Propagandasatz geschrieben steht: „Die Frau will das Stimmrecht haben!“ und die Unterschrift der Frauenliga.

Man sagt, die Frauen reden viel. Bei diesem Kreuzzug beweisen sie jedenfalls das Gegenteil: alle Worte sind durch große Aufschreien ersetzt, die, sobald man in einem Städtchen oder Dorf angelangt ist, um den Bogen herumgestellt und manchmal hier

auch zurückgelassen werden. Sie bleiben dann lange an einer Mauer hängen und erinnern daran, daß dort, im fernen Paris, die Frauen sich etwas Neues in den Kopf gesetzt haben, etwas Neues, das vielleicht doch nicht gar so arg wäre, denn um die Krankenhäuser, die Wälder- und Säuglingsfürsorge, die Schulen und vieles andere könnte es besser bestellt sein. So denken die Frauen in der Provinz und reden wohl auch abends mit ihren Männern darüber. Jedemfalls vergißt man im Städtchen und Dorf den großen Wagen mit den elf Damen, den golden schimmernden Hüten, den großen Aufschlägen: „Die Frau will stimmen!“ lange nicht. Um aber vollends die Volkspantastie zu beeinflussen, hat man jenen Feind der Freiheit der französischen Frau und ihrer Gleichberechtigung im Gebiete des Privatrechts, den Code Napoleon, bildlich und recht grauhaft dargestellt: ein abgemagertes Grenadier auf Krücken dient als Sinnbild und die Aufschrift lautet: „Napoleon, der die Franzosen aus Schlachtfeld schickte, hat auch die Frauenunterdrückung geschaffen; ihm verdanken sie den Code, der sie beschränkt; Französinnen, vereinigt euch, um die Revision des Code zu erlangen!“ Hin und wieder bleibt der Autowagen stehen, aber auch da werden keine Reden gehalten, sondern die Damen zerstreuen sich, besuchen Kirchen, Wirtschaften und Markthallen und kommen ins Gespräch mit den Einheimischen. S. R.

Statistik der Uraufführungen. Eine Uebersicht über das Spieljahr 1925/26, die aus den Zusammenstellungen des „Deutschen Bühnenspielplans“ zu entnehmen ist, ergibt, daß das Spieljahr 1925/26 mindestens 394 Uraufführungen zu verzeichnen hatte; es ist möglich, daß diese Zahl durch einige gemeldete Premierer sich noch erhöht. Diese Uebersicht bezieht sich auf rund 300 Theater Deutschlands. 75 Betriebsanstalten beschäftigten sich mit dem Betrieb von Bühnennuheiten; man kann annehmen, daß die gemeldeten rund 400 Uraufführungen etwa die Hälfte der Werke umfassen, die von diesen Anstalten angenommen worden sind, und daß die Zahl dieser Annahmen vielleicht ein, höchstens zwei Prozent der von den Autoren eingesandten Produktion ausmachen. Die größte Zahl der Uraufführungen hat die Komödie mit etwa 80 zu verzeichnen, ihr folgt die Operette mit ungefähr 30 Uraufführungen, ferner Ballett, Tanzspiel und Pantomime, die mit mindestens 28 Uraufführungen stark gegenüber den Vorjahren im Aufschwung begriffen sind. Erste und komische Oper und musikalisches Drama sind alles in allem mit 35 Premierer anzusehen, Schwanke, Burleske, Frotische und Pöke mit etwa 40 Neuerscheinungen. An Neuen waren 12 Uraufführungen zu verzeichnen.

In der Volksbühne. Theater am Hölzplatz, beginnt in der Dienstag abends 8 Uhr, halbstündigen Jubiläumsaufführung „Hines Strauß“ mit der Titelfigur ihr Engagement an der Volksbühne. Den Hölzplatz spielt Leo Reuß, den Abraham Ernst Karstow, die Kirga Rose Liechtenstein und den Daniel Ermin Kaiser.

Marin Congen, der Bruder des schon vor mehreren Jahren verstorbenen „Simplicissimus“-Verlegers, Albert L., ist im 60. Lebensjahr in Berlin gestorben. Er hat eine große Anzahl Dramen verfaßt, von denen einige ohne nennenswerten Erfolg auf der Bühne erschienen sind.

Im Lessing-Museum spricht Donnerstag 8 Uhr Dr. Hans Lebede über Shakespeare auf der deutschen Bühne.

Bazilles Polizeilasten.

Unredliche Ueberschuldung der Gemeinden.

Stuttgart, 13. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Verwaltungsgerichtshof für Württemberg hat eine aufsehenerregende Entscheidung gefällt. Die größeren Städte des Landes haben gegen das Ministerium des Innern wegen der Höhe der Polizeilasten (nicht weniger als 400 Proz. der früheren Ausgaben), die von den Gemeinden an den Staat zu ersehen sind, einen Prozeß geführt und diesen nun vor dem Verwaltungsgerichtshof gewonnen. Nach dem richterlichen Spruch hat das Ministerium durch künstliche Erhöhung der Ausgaben und künstliche Erniedrigung der Einnahmen eine Mehrbelastung der Städte über das Polizeiverwaltungsgezet hinaus erzielt. Die Finanzkürze der Regierung Bazille-Bolz-Dehlinger bestehen seit Jahren darin, daß der Staat einen Teil seiner Lasten auf die Gemeinden abwälzt, um dadurch seinen Etat zu balancieren. Am schlimmsten wurde diese Methode mit den Schulden und den Polizeilasten geübt. Zum Entsetzen der Städte sind nun in den letzten zwei Jahren die Polizeilasten ungeheuer gestiegen. Die Stadt Stuttgart z. B. hat in diesem Jahr über 4 Millionen Mark an Polizeilasten für den Staat aufzubringen, ein Betrag, der um ein Vielfaches höher ist als zu der Zeit, wo die Polizei noch nicht verstaatlicht war. Der Verdacht lag schon immer nahe, daß die Gemeinden über Gebühr zu den Polizeilasten herangezogen werden. Nun hat es sich also bestätigt, daß die Gemeinden nicht nur ihren Anteil, sondern darüber hinaus einen erheblichen Mehrbeitrag durch den Staat angerechnet erhielten. Finanzkürze eines deutschnationalen Finanzministers, der im ganzen Lande mit dem Märchen haufieren geht, daß die Ordnung der Staatsfinanzen und die Beseitigung des Defizits im Staatshaushalt sein Verdienst seien!

Hessens Finanznot.

Vereinbarungen mit dem Reichsfinanzminister.

Darmstadt, 13. September. (Eigener Drahtbericht.) Zwischen der hessischen Regierung und dem Reichsfinanzministerium werden seit längerer Zeit Verhandlungen geführt über den Ersatz der durch die Bejahung dem Lande entstandenen Ausfälle an Einnahmen. Der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold Kautz hat am Montag der hessischen Staatsregierung einen Besuch ab. Dabei ergab sich die Gelegenheit, auch die hessische Finanzlage zum Gegenstand einer eingehenden Aussprache zu machen. Bei dieser Besprechung kam die grundsätzliche Genehmigung der Reichsregierung zum Ausdruck, den besonderen Verhältnissen Hessens Rechnung zu tragen. Man kam daher überein, daß die Reichsregierung und die hessische Regierung gemeinsam in einer Kommission die gesamte Finanzwirtschaft des Landes einer Prüfung unterzieht, die sich insbesondere auch darauf erstrecken soll, wie weit die besondere Notlage Hessens auf die Befreiung eines großen Teiles des Landes zurückzuführen ist. Der Reichsfinanzminister erklärte sich bereit, bis zum Abschluß dieser Prüfung Vorschläge insoweit bereitzustellen, als es zur Deckung des dringendsten Staatsbedarfs erforderlich ist. Durch diese Vereinbarungen mit der Reichsregierung hat die hessische Regierung der Weimarer Koalition wiederum einen Erfolg für das Land zu verzeichnen. Als Ergebnis dieser Besprechungen darf wohl auch ausgeführt werden, daß die Hege des Ordnungs- und Wirtschaftsblocks gegen die hessische Regierung vollkommen unbegründet ist.

Verdienter Reinfall.

Das Ende einer völkischen Hege.

Schlesinger — völkischer Agitator! Kommt war die Kriminalpolizei auf die Spur der beiden D.-Zug-Attentäter gekommen und waren ihre Namen bekannt geworden, da begann in der rechtsradikalen, vor allem der völkischen Presse eine antimilitärische Hege, wozu einer der Täter den Namen Schlesinger trägt. Solch eine gemeine Tat könne nur von einem Juden ausgeht und durchgeführt sein. Nachforschungen in Stuttgart hatten zwar sehr rasch ergeben, daß Schlesinger und seine Vorfahren weder der Rasse noch der Konfession nach Juden sind. Was die völkische Presse aber natürlich nicht abhielt, ihre Hege weiter zu betreiben. In Bamberg wurde sogar die Behauptung vom „Juden Schlesinger“, geschmückt mit den nötigen Kraftausdrücken, in einem Anschlag an den Säulen wiederholt. Dieser Vorgang gab aber Anlaß, auch in Bamberg eine nähere Untersuchung über die Person des Attentäters Schlesinger anzustellen. Dabei stellte sich heraus, daß Schlesinger vor 6 Jahren einige Zeit in Bamberg weilte, und zwar als Mitglied der Ortsgruppe Bamberg des „Völkischen Schutts- und Trugbundes“. Damals, am 2. Juli 1920, wurde Schlesinger, der jegliche Eisenbahnattentäter, durch rechtskräftigen Strafbefehl des Amtsgerichts Bamberg wegen nicht genehmigter Verbreitung von Flugchriften antimilitärischen Inhalts zu 35 M. Geldbuße, eventuell 7 Tagen Gefängnis verurteilt.

Das Märchen vom Linksmord.

Ein völkischer Schwindel ist zusammengebrochen. In Frankfurt a. M. fand in der Nacht vom 3. zum 4. August der Artist Lippold den Tod. Er wurde mit einem schweren Schädelbruch am Fuße des Gutenberg-Denkmal aufgefunden. Seine Begleiter erklärten der Polizei, Lippold sei das Opfer eines politischen Ueberfalls geworden. Lippold war bekannt als Führer rechtsradikaler Verbände. Also setzte im Lager der Rechten eine ungeheure Hege gegen die Linksparteien ein, deren Anhänger als „politische Mörder“ Lippolds angeprangert wurden. Die rechtsradikalen Bünde lehten Lippolds Beerdigung auf den Verfassungstag an und gestalteten sie zu einem wüsten nationalistischen Nummel. Die Untersuchung, die die Frankfurter Polizei über den rätselhaften Tod Lippolds anstellte, hat jetzt zu einer Klärung geführt. Einwandfrei ist festgestellt, daß Lippold seinen Tod selbst verschuldet hat. In angeheitertem Zustand hatte er in jener Nacht mit seinem Anhang eine Wette abgeschlossen und das Gutenberg-Denkmal erklettert. Dabei stürzte er ab und zog sich die tödliche Verletzung zu. Aber schon als die Polizei eintraf, hatten sich die Rechtsradikalen das Verleumdungsmärchen von dem Ueberfall politischer Gegner zurechtgemacht.

Briand und Locarno.

Er betont die Größe der Hindernisse.

Genf, 13. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Sonderberichterstatter des „Soz. Pressedienst“ in Genf hatte am Montag Gelegenheit, dem französischen Außenminister eine Reihe von Fragen zu stellen, auf die Briand mit der folgenden schriftlichen Erklärung antwortete:

„Ich mache kein Hehl daraus und ich habe es schon selbst gesagt, daß wir im Laufe der Besprechungen, die ich mit Herrn Stresemann hier zu haben gedente, Mittel und Wege prüfen werden,

Sozialdemokratische Juristen.

Dritte Reichskonferenz in Köln.

L. R. Köln, 12. September. (Eigener Bericht.) Unter zahlreicher Beteiligung fand am Sonntag in Köln die dritte Reichskonferenz sozialdemokratischer Juristen statt. In seiner Eröffnungsrede begrüßte als Vorsitzender Dr. Kurt Rosenfeld die anwesenden Vertreter des Vorstandes der deutschen und österreichischen Sozialdemokratischen Partei, der Gewerkschaften, der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und des Verbandes sozialdemokratischer Studenten.

Im Namen der österreichischen Partei begrüßte die Konferenz Genosse Eisler.

Im Namen des Parteivorstandes sprach Genosse Stelling. Er stellte fest, daß die Vereinigung sozialdemokratischer Juristen sich in ihrer Arbeit auf richtigem Wege befindet und daß der Parteivorstand gewillt sei, sie in allen Bestrebungen zu unterstützen, die geeignet erscheinen würden, sie vorwärts zu bringen.

Nach kurzen Begrüßungsreden des Genossen Reerfeldt im Namen der Kölner Parteigenossen und eines Vertreters der sozialdemokratischen Studenten stellte Genosse Rosenfeld fest, daß gerade die Erfahrungen der letzten Kriminalistenkongresse in Bonn erwiesen hätten, daß

die sozialdemokratischen Juristen viel geschlossener als bis jetzt an den Vorarbeiten zur Strafrechtsreform teilnehmen müßten.

Es folgte der

Geschäftsbericht

des Vorstandemitgliedes Genossen Ruben. Er versuchte, das Wesen und den Aufgabentkreis der Vereinigung der sozialdemokratischen Juristen festzulegen. Die Vereinigung, so führte er aus, ist ein dienendes Glied der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Sie war sich auch dessen bewußt, daß die Lösung der großen Aufgaben des Rechts und der Justiz kein Privileg allein der sozialdemokratischen Juristen sein kann; es galt, sich der allgemeinen Klassenaufgabe unterzuordnen. Aus dieser Aufgabe entsprang auch die Organisationsform: einerseits mußten die juristisch vorgebildeten Genossen zusammengefaßt werden, andererseits hieß es, mit den Arbeitersekretären, Verwaltungsbeamten usw. zusammenwirken, die ein hohes Maß praktischer Erfahrung besitzen. Die Arbeit der Vereinigung verlief in der Hauptsache in dreifacher Richtung: es mußte die juristische Behandlung derjenigen Probleme gefördert werden, die sich aus den sozialdemokratischen Grundanschauungen ergeben; ferner die Ausbildung der Arbeiterschaft zur Uebernahme des Staatsapparates bewerkstelligt und schließlich an der praktischen Politik mitgearbeitet werden. Die Erfüllung dieser drei Aufgaben erfordert aber die Erstattung sämtlicher parteigenösslicher Juristen. Es stehen jedoch noch andere Aufgaben vor der Vereinigung: so die Beeinflussung des juristischen Nachwuchses, die Fühlungnahme mit den sozialistischen Studentenorganisationen und den Referendaren, die Benennung geeigneter Anwärter für Ämter, die Heranbildung von Volontären, die Teilnahme an der Vorbereitung der parlamentarischen Arbeit u. a. m. Die Anwendung von korrespondierenden Mitgliedern in allen deutschen Ländern, die Strafrechtsreform, die Reform des Scheidungsrechts, des Elterngerechts, die Frage der Schaffung eines sozialistischen Wohnungsrechts usw. stellen der Vereinigung große Aufgaben. Es gilt auch, sich aktiv an der Arbeit der Arbeitsgemeinschaft für die Reform des Strafvollzugs und an der sozialen Gerichtsreform zu beteiligen. All diesen Anforderungen gerecht werden kann die Vereinigung nur, falls es ihr gelingt, die Mitglieder der Vereinigung zur regen Mitarbeit zu gewinnen.

Eine Diskussion über den Geschäftsbericht fand nicht statt. Als erster erhielt darauf Genosse Radbruch das Wort zum Problem der

„Einschiebung“ für Ueberzeugungsverbrecher

Als solcher dürfte nach seiner Ansicht jeder Verbrecher aus Pflichtgefühl, aus Verfolgung einer höheren Norm bezeichnet werden. Die Strafe kann in diesem Falle weder der Vergeltung, noch den Besserungs-, noch den Abschreckungszweck verfolgen. So muß sie auch unter gänzlich anderen Voraussetzungen vor sich gehen, als dieses in bezug auf gemeine Verbrecher der Fall ist. Bei Verbüßung der Strafe im gleichen Gefängnis würden die letzteren jedoch nie verstehen können, daß sie anders behandelt werden als die Ueberzeugungsverbrecher. So entsteht die Forderung der besonderen Strafverbüßung: der „Einschiebung“, der ehrenvollen Haft. Es ist nicht zu verkennen, daß hierbei eine ganze Reihe schwerer Probleme entstehen, nicht zuletzt dasjenige, woran der Ueberzeugungsverbrecher zu erkennen sein würde. Das Referat des Genossen Radbruch stieß bei einer Reihe Genossen auf Widerpruch; dagegen sprach sich für seine Gedankengänge Genosse Eisler-Wien aus.

Von großem Interesse war der Vortrag des Genossen Prof. Sinsheimer-Frankfurt a. M. über

„Die Haftung von Berufsvereinen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer für unzulässige Kampfhandlungen“.

Bei der Ausstellung seiner Thesen ging er davon aus, daß die Gewerkschaften Träger notwendiger sozialer Funktionen sind, die durch etwaige Prozesse nicht ökonomisch vernichtet werden dürfen.

die am geeignetsten sind, um eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland im Geiste der Verträge von Locarno zu ermöglichen. Es ist also sehr wahrscheinlich, daß wir Fragen behandeln werden, die die Rheinlandbesetzung und die noch nicht beendete Durchführung der Entwaffnungsklausel des Friedensvertrages betreffen. Wir haben sicherlich alle den Wunsch, der Tätigkeit der Kontrollkommission in Deutschland so rasch wie möglich ein Ende zu bereiten. Aber das Datum ihrer Abberufung hängt, wie es die Vorkonferenz schon bei verschiedenen Gelegenheiten gesagt hat, von dem Augenblick ab, in dem die verschiedenen Punkte, die den Gegenstand der Abmachungen vom 16. November v. J. bilden, durchgeführt sein werden. Ich zweifle nicht daran, daß, wenn man auf beiden Seiten in sozialer Weise guten Willen zeigt, das erwünschte Ergebnis nicht auf sich warten lassen wird.

Aber es hieß das Problem der französisch-deutschen Beziehungen verkleinern, wenn man darin nur eine gewisse Anzahl technischer Schwierigkeiten sehen wollte. Es gilt, sich über die Einzelheiten zu erheben, die alle progressiv ihre Lösung finden werden, und das Problem in seiner Gesamtheit ins Auge zu fassen.

Die Verträge von Locarno haben die unerlässliche Vorbedingung geschaffen für eine Besserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf politischem Gebiet. Ich hoffe, daß es nicht allzulange dauert, bis ein langfristiger Handelsvertrag ermöglicht wird, ihre wirtschaftlichen Beziehungen ebenfalls auf eine stabile Basis zu stellen. Ich lege andererseits den zwischen den einzelnen Industrien getroffenen und in anderen Zweigen der Industrie in Vorbereitung befindlichen Abmachungen die größte Bedeutung bei, da sie eine Zusammenarbeit der beiden Länder auf dem wirtschaftlichen Gebiet erlauben und gefährliche Nebenwirkungen auf dem internationalen Markt verhüten werden.

Deshalb fordert er, daß die Haftung der Berufsvereine in einer gewissen Höhe beschränkt sein und die Form der Buße haben solle. Unter dieser Voraussetzung seien auch die nichtrechtsfähigen Vereine — so die Gewerkschaften — in allen Haftungsfragen den rechtsfähigen gleichzustellen. Die Haftung der Berufsvereine soll durch eine subsidiäre gesamtschuldnerische Haftung der Vereinsmitglieder neben ihren Vereinen gesichert sein. Prof. Sinsheimer behauptet nämlich, daß die Arbeitgeberverbände in der Regel kein Vereinsvermögen besitzen, um so größer aber ihre Mitglieder, während es bei den Gewerkschaften gerade umgekehrt der Fall ist. Er sieht voraus, daß eben deshalb, wie auch aus anderen Gründen, die Vertreter der Unternehmerverbände auf dem Juristentag gegen seine Thesen entschieden Front machen werden. Auf der Konferenz selbst wurden gegen den dritten Satz des Referats Einwendungen gemacht.

Als dritter Referent sprach Genosse Dr. Kurt Rosenfeld über parlamentarische Untersuchungsausschüsse.

Es gilt, die Ausschüsse, die in vielen Ländern seit Jahrzehnten existieren und auch in Deutschland mit Erfolg ihre Tätigkeit ausüben, gegen reaktionäre Vorstöße zu schützen. Die Behauptung, daß sie eine Gefahr für die Unabhängigkeit der Richter bedeuten und in ein schwebendes Strafverfahren eingreifen, würde zur Forderung führen, die Ausschüsse erst nach Erledigung des Strafverfahrens in Aktion treten zu lassen. Das wäre mit einer Käuflichkeit der Ausschüsse gleichbedeutend. Von diesem Standpunkte aus werden auch die Sätze des Referenten des Juristentages zu bewerten sein.

Genosse Dr. Kurt Rosenfeld sprach darauf kurz zur Frage des

Auslieferungsrechts.

Er forderte eine Reichsregelung dieser Materie und glaubt, daß die Schaffung eines entsprechenden Kollektivgesetzes in internationalem Rahmense im Rahmen des Völkerbundes zu befürworten sei. Im Zusammenhang mit dem Auslieferungsrecht stehe das Asylrecht.

Als letzter Referent in dieser Reihe kam schließlich Genosse Dr. Gustav Goldschmidt zum Thema:

„Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes bei Verfassungsstreitigkeiten“

zu Worte. Die Befugnisse des Staatsgerichtshofes seien zu erweitern. Es sei aber dafür zu sorgen, daß ihm nicht allein die Prüfung von Reichsgesetzen, sondern auch von Reichsverordnungen auf ihre Verfassungsmäßigkeit übertragen werde. Bei der Bestimmung der Richter dürfe ihnen die Prüfung der Gesetze nicht in die Hand gegeben werden.

Damit waren die Referate erschöpft, und das Wort erhielt Genosse Eisler-Wien zur Frage der Strafschutz und der

Schaffung eines Allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches.

Trotzdem Oesterreich ein Strafgesetzbuch besitzt, das über 100 Jahre alt ist, so führte er aus, ist die österreichische Bruderpartei dagegen, im Augenblick ein neues Strafgesetzbuch zu schaffen. Die politische Situation ist zu unangünstig. Wohl ist die sozialdemokratische Fraktion im Nationalrat stark genug, um durch Anwendung des Mittels parlamentarischer Obstruktion das Zustandekommen unliebsamer Gesetze zu verhindern, sie ist aber zu schwach, um Gesetze durchzudrücken, die in ihrem Geiste wären. Andererseits verneidet aber die österreichische Bruderpartei, gegen den Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch Front zu machen, da dieser Entwurf einerseits wirklich vieles ausweist, was als fortschrittlich zu nennen ist und es andererseits unter dem Zeichen der Rechtsangleichung unter Dach und Fach gebracht werden soll. Die österreichische Bruderpartei ist aber der Meinung, daß es andere Rechtsgebiete gibt, die sich in höherem Maße als das Strafrecht für eine Rechtsangleichung eignen, z. B. das Eherecht, das Verlehrs- und Arbeitsrecht. Schließlich bedeutet auch in Oesterreich der Richterstand eine Gefahr für die Rechtsprechung, und zwar eine noch größere als in Deutschland, da der Nachwuchs noch reaktionärer ist, als der jegliche Richterbestand. So steht die österreichische sozialdemokratische Partei vor der konkreten Frage, wie ein demokratischer Nachwuchs zu schaffen wäre. Jedenfalls könne von einer Reform keine Rede sein, so lange man auf den Bestand des Richtertums keinen Einfluß ausüben kann.

Genosse Oberniker pflichtete im großen und ganzen den Ausführungen des Vordröners bei.

Ihren Abschluß fand die Konferenz in der Annahme folgender

Resolution:

„Die dritte Reichskonferenz sozialdemokratischer Juristen erklärt, daß es anaristischer der in der letzten Zeit immer unerträglicher werdenden, mit der allgemeinen demokratischen Entwicklung in immer stärkerem Gegenstand geratenden, Klassen- und Parteijustiz Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei ist, mit aller Kraft für eine schleunige und umfassende demokratische Justizreform einzutreten. Die sozialdemokratischen Juristen versprechen, die Partei in der Erfüllung dieser Aufgabe zu unterstützen. Eine vom Vorstand einzusetzende Kommission wird beauftragt, unverzüglich ein Aktionsprogramm zur Justizreform auszuarbeiten und dem Parteivorstande und der Reichstagsfraktion zu unterbreiten.“

Die französisch-deutsche Annäherung ist die unerlässliche Vorbedingung für Frieden in Europa und in der ganzen Welt. Sie liegt auch im Interesse der beiden Länder. Es gilt, für sie zu arbeiten, mit Geduld, ohne sich Illusionen zu machen über die Größe der Hindernisse, die noch überwunden werden müssen, aber mit der Ueberzeugung, daß es in der Politik keine unüberwindlichen Schwierigkeiten gibt. Was seit einem Jahre vorgegangen ist, beweist das am besten.“

Saar-Sozialdemokraten bei Briand.

Genf, 13. September. (Eigener Drahtbericht.) Der französische Außenminister empfing die hier seit einigen Tagen weilende Delegation der Saarländischen Sozialdemokratischen Partei. Es wurden verschiedene brennende Fragen besprochen, wie z. B. die allgemeine wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft im Saargebiet. Auf die Versicherung der sozialdemokratischen Saardelegierten, daß die Arbeiterschaft alles daransehen werde, um das deutsche Saargebiet auf einem Boden der Annäherung zwischen den beiden Nachbarvölkern zu machen, wies Briand auf die hohe Mission hin, die gerade die Arbeiterschaft in allen Ländern habe, und zwar als natürlichster Träger des Friedens- und Verständigungsgebanten.

Die Preußenanleihe überzeichnet. Die gestern in New York zur Zeichnung aufgestellten 20 Millionen Dollar 6 1/2-prozentigen Bonds des preussischen Staates sind unmittelbar nach Eröffnung der Zeichnungsliste stark überzeichnet worden. Die Zeichnungen stammen aus allen Landesteilen.

Die türkischen Behörden haben den wegen einer Dampferkollision verhafteten französischen Schiffsoffizier freigelassen. Die Pariser nationalsozialistische Presse hatte bereits scharfe Maßnahmen gegen die Türkei gefordert.

Fast 1000 Typhuskranke in Hannover. Keine Gefahr für Berlin.

Hannover, 13. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Zahl der in den städtischen Krankenhäusern in Hannover untergebrachten Typhuskranken beläuft sich am Montag, 6 Uhr abends, auf etwa 780. Rechnet man diejenigen Erkrankten hinzu, die noch der Ueberführung in eines der Hilfsazimete harren und zieht man in Betracht, daß sich in den Familien mit Bewißheit noch fast ebenso viele Kranke befinden, als in den Krankenhäusern liegen, wird man mit tausend Erkrankten zu einer annähernden Schätzung des augenblicklichen Umfangs der Epidemie kommen. Ueber die wahrscheinliche Ursache der Epidemie hat sich jetzt in verschiedenen Zeitungen auch Regierungsmedizinalrat Dr. Rohrmann geäußert. Dr. Rohrmann erklärt die Ursache der Epidemie in einer Verunreinigung der Ricklinger Brunnenwasserleitung, die sich fünf Tage lang in einem zu beanstandenden Zustand befunden hätte. Diese Verschmutzung sei verursacht durch den schlechten Untergrund des Brunnengeländes. Ferner kämen dafür die durch das Hochwasser im letzten Sommer veranlaßten Verhältnisse in Betracht, die schon seit Wochen zu epidemischen Darmerkrankungen geführt hätten. Die Ricklinger Brunnen liegen direkt an der Seine und Ohme und der Untergrund sei nicht einwandfrei; darüber sei auch schon früher von der Militärverwaltung geklagt worden. Der schlechte Untergrund habe die Filtrierfähigkeit der Wasserleitung beeinträchtigt, das Hochwasser und die schwüle Witterung hätten ein übriges dazu getan. Auch die Kläranlage des städtischen Wasserwerks hat in den kritischen Tagen nicht genügend funktioniert. Nach Ansicht Dr. Rohrmanns wird die Wasserverunreinigung bis Mitte nächster Woche noch anhalten und erst dann ist mit einem Abflauen zu rechnen. Aber bestimmt wird es noch Wochen, vielleicht Monate dauern, in denen mit zahlreichen Einzelsfällen zu rechnen ist. Zurzeit arbeitet man fieberhaft an dem Bau von Krankenbaracken. Auch müßte eine weitere Schule geschlossen und provisorisch als Hilfskrankenhaus in Benutzung genommen werden. Die Zahl der Toten hat sich auf 16 erhöht. Die Stadtverwaltung hat das städtische Schwimmbad geschlossen und in verschiedenen Stadtteilen vier öffentliche Impfstellen eingerichtet. Von einer Zwangsschutzimpfung soll zunächst noch Abstand genommen werden. Die Aufklärung der Öffentlichkeit durch den Magistrat über die von den Behörden getroffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Seuche, läßt sehr zu wünschen übrig. Oberbürgermeister Dr. Renge hat bis heute weder der berufenen städtischen Körperschaft, der städtischen Gesundheitskommission, Mitteilungen gemacht, noch sonst wie in einem größeren Kreise über die Ausfichten und Maßnahmen der Gesundheitsräte und über die Vorschläge der Ärzte irgendwie Bericht erstattet.

Von anderer Seite wird uns aus Hannover gemeldet: Der Magistrat bezweifelt noch immer, daß die Typhuskeime durch infiziertes Trinkwasser verbreitet worden sind. Die Wasserwerke werden nach wie vor aus den Tiefbrunnen in der Umgebung der Stadt, aber auch aus den Pumpstationen an der Seine gespeist. Der Magistrat erklärt, daß er zunächst das

Gutachten der von der Regierung beauftragten Ärzte abwarten will, ehe man sich zu anderen Maßnahmen entschließt. Man will ferner eine scharfe Kontrolle der nach Hannover eingeführten Milch vornehmen, da ein gewisser Verdacht besteht, daß ähnlich wie im vergangenen Jahre in Hanau erkrankte Kühe Bazillenträger sind. Wie wir weiter erfahren, werden voraussichtlich schon am Dienstag, spätestens aber am Mittwoch, die von den Regierungsärzten angeordneten Untersuchungsresultate bekannt gegeben werden. Soweit bisher verlautet, sind die Ärzte der Ansicht, daß der Infektionsherd sich in dem Ricklinger Wasserwerk befindet. Die Brunnen dieser Pumpstation liegen in unmittelbarer Nähe der Seine und Ohme, sind jedoch nach Ansicht der Sachleute zu flach angelegt, so daß das Grundwasser der beiden Flüsse durch Triebland usw. unmittelbar in die Brunnenbasis hineingespült wird. Die Chemiker nehmen an, daß durch das Hochwasser auch gewisse Sinkstoffe in die Flüsse getragen worden sind, die einmal eine starke Verschmutzung der Flußläufe selbst hervorgerufen haben und daß eventuell sich unterirdische Kanäle gebildet haben, durch die nicht das durch den Sandboden bereits zum Teil gefilterte Flußwasser in den Brunnen gelangt, sondern auch Wassermengen, die oben sich einen direkten Zugang zu den Brunnen gebahnt haben. Die Stadt Hannover wird wahrscheinlich veranlaßt werden, diese Brunnenanlagen sofort zu sperren, um einmal eine weitere Verunreinigung des gesamten Röhrensystems zu unterbinden. Dann aber wird man sich mit der viel schwierigeren Frage befassen müssen, wie das zweifellos schon heute stark verfeuchte Röhrennetz der hannoverschen Wasserleitung so zu reinigen ist, daß eine weitere Gefahr für die Bewohner nicht mehr besteht. Nach dieser Richtung schweben bereits Untersuchungen, die jedoch im Augenblick noch zu keinem greifbaren Ergebnis geführt haben.

Das Berliner Wasser einwandfrei.

Die Berliner Städtischen Wasserwerke A.-G. teilen mit: „Ein Berliner Montagsblatt bringt im Anschluß an eine Mitteilung über die Typhusepidemie in Hannover in fettem Druck die Behauptung, „auch Berliner Wasser ist gefährlich“. Diese ganz unerhörte, durch nichts begründete Alarmnachricht ist auf das schärfste zurückzuweisen. Das Berliner Wasser zeichnet sich im Gegenteil seit Bestehen der Berliner Wasserversorgung stets durch größte Reinheit, Bekömmlichkeit und geringste praktische erreichbare Keimzahl aus. Seit Bestehen der Berliner Wasserversorgung, die in den Jahren 1892 bis 1905 ausschließlich aus Oberflächenwasser gedeckt wurde, ist noch nie ein Krankheitsfall, der auf Beschaffenheit des Wassers zurückzuführen wäre, eingetreten. Dieser Zustand größter Betriebssicherheit besteht auch jetzt noch, und es wird durch ein Höchstmaß von Kontrollen dafür gesorgt, daß das Wasser der Berliner Bevölkerung stets in bester Beschaffenheit zugeführt wird. Nach dem Zeitungsartikel soll die dort behauptete Gefährlichkeit des Berliner Wassers darauf zurückzuführen sein, daß ein Teil des von den Wasserwerken der Stadt Berlin geförderten Wassers Oberflächenwasser ist. Im Jahre 1925 sind von 137 Millionen Kubikmeter geförderten Rohwassers 12,7 Millionen = 9 Proz. Oberflächenwasser und 124,3 Millionen Kubikmeter Grundwasser gewesen. An Spitzentagen, d. h. an Tagen besonders hohen Wasserbedarfs, steigt der An-

teil an Oberflächenwasser auf etwa 20 Proz. Wie bereits oben gesagt, ist Berlin 15 Jahre ausschließlich mit Oberflächenwasser versorgt worden. Zu diesem Zweck sind unter Mitwirkung der größten wissenschaftlichen Kapazitäten auf dem Gebiet der Hygiene: Robert Koch und Rudolf Virchow, die in der Welt in ihrer Ausdehnung einzig dastehenden biologischen Filteranlagen in dem Werk Müggelsee errichtet worden. Ist der Keimgehalt des Müggelseewassers infolge der Größe und der geringen Wassertiefe des Müggelsees bereits ein außerordentlich geringer — er beträgt im Durchschnitt wenige hundert Keime, während verschmutztes Wasser bis zu mehreren Hunderttausenden oder Millionen Keime enthält —, so wird durch die Kanalisation in den biologischen Filtern in Verbindung mit einer schwachen Chlorung des Wassers dessen Keimzahl auf 0 bis etwa 1-2 Keime höchstens reduziert. Die in dem Zeitungsartikel hervortretende Auffassung, daß Keime an sich etwas Gesundheitsgefährliches seien, ist völlig haltlos. Die sogenannten Wasserbakterien sind völlig harmlos und der Gesundheit nicht abträgliche Lebewesen, während lediglich die Erreger der bekannten ansteckenden Krankheiten die menschliche Gesundheit gefährden können; derartige Keime kommen aber in filtriertem Wasser nie vor. Auch das filtrierte Grundwasser enthält Keime, die ebenfalls zu den harmlosen Wasserbakterien gehören. Das in das Rohrnetz geschickte aus Oberflächen- und Grundwasser bestehende Mischwasser hat einen Keimgehalt, der zwischen 0 und etwa 5 Keimen im Kubikzentimeter schwankt. Die bakteriologischen Untersuchungen werden täglich durchgeführt und vom städtischen Hauptgesundheitsamt und dem Polizeipräsidium überwacht.

Die Berliner Bevölkerung hat daher nicht im mindesten Veranlassung, sich wegen der Beschaffenheit des Trinkwassers zu beunruhigen.

Der weitere Ausbau der Grundwasserwerke ist in vollem Gange. Nur unterscheidet sich Wasser von der Elektrizität dadurch, daß für die Gewinnung von Wasser das natürliche Vorkommen Voraussetzung ist, während ein Elektrizitätswerk in jeder beliebigen Größe erbaut werden kann. Das Grundwasserorkommen in der Umgebung von Berlin ist aber nicht, wie vielfach angenommen zu werden scheint, unbedrängt. Zurzeit ist der Ausbau des Wasserwerks Stolpe an der Oberhavel als Grundwasserwerk großen Umfangs im Gange.

Gefochte Milch ungefährlich.

Im Hinblick auf einige Typhusfälle in Pommern ist von anderer Seite darauf hingewiesen worden, daß die Milch, die aus Pommern in Berlin eingeführt wird, eine gewisse Gefährlichkeit biete. Wie uns von unrichtiger Seite mitgeteilt wird, kann unter den bestehenden Verhältnissen davon zunächst keine Rede sein, da es sich bei dem Vorkommen der Krankheitsfälle nur um ein eng begrenztes Gebiet handelt, das bisher nicht überschritten worden ist. Die Ansteckungsgefahr auf diesem Wege ist aber auf jeden Fall ausgeschlossen, solange die Berliner Milch nur in gefochtem Zustande genossen wird. Es ist das eine Vorsichtsmaßregel, deren Anwendung sich auch unter normalen Verhältnissen empfiehlt. Zu Befürchtungen liegt also auch hier für Berlin kein Anlaß vor.

Bei der Arbeit schwer verbrannt. Der in der Franzer-Kajern mit Reparaturarbeiten beschäftigte 16jährige Raderlehrling Walter Kasche aus der Bismarckstr. 5 zu Spandau kam beim Leimlösen der Flamme zu nahe. Seine Kleider fingen Feuer und auf die Hilfrufe des Unglücklichen eilten Arbeitskollegen herbei, die die Flammen zu ersticken suchten. A. hatte aber bereits so schwere Verbrennungen am ganzen Körper erlitten, daß er sofort durch einen Wagen des städtischen Rettungsamtes in das Urban-Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Zustand ist ernst.

Auf zum Massenaufmarsch der Gewerkschaften nach Treptow am Sonntag, den 19. September 1926

Die Sigurantin.

Roman eines Dienstmädchens von Léon Frapié.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Rude-Grazia.
„Luftig, Kinder,“ gebot er, „seht da eine Falschingsmaske!“
Gellendes Hohngelächter erhob sich wie Geschrei in der Unterrichtspause. Das war die Schmähung heller Stimmen, blauer Augen und kleiner Mündchen.
Aber Sulette flüchtete aus dem Festtrubel; die Kinder verfolgten sie nicht, bemühten sich nur, Kieselsteine aufzuheben. Ein einziger traf, übrigens schwach, ihr Kleid.
„Das war Melie!“ schrien sie, in die Hände klatschend.
Melie war ein etwa zehn Jahre altes, schwächliches, ärmlich gekleidetes Blondinchen mit unregelmäßigem, intelligentem Schulmädchengesicht. Sie hatte des Kreuz.
Sulette, tief, bis sie erschöpft an dem Abhang eines Grabens hinsank. Sie hatte die ungleichmäßigen, krampfhaften Atemstöße eines zu Tode gehehten Tieres; in ihrem Schoß selbst wurde das Leben erschreckt.
Glücklicherweise war der Ort einsam. Nach und nach verlangsamte sich ihre Atmung. Der Körper hatte nicht mehr die Bewegung eines Blasebalgs. Sulette vermochte ihre Zunge zurückzuziehen, den Mund zu schließen, schütternde Zitterbewegungen zu unterdrücken. Ganz ermattet nahm sie nur noch den wilden Schlag ihres Herzens wahr, das sich unaufhörlich zu leeren schien.
Halb auf dem spärlichen Rasen hingestreckt, durchströmte jetzt ein Trostgefühl ihren ganzen Körper; in ihre Gedanken kam wieder Leben. Die Erde stößte ihr das Gefühl ein, als habe sie eine duldsame und hilfsbereite Verwandte wiedergefunden. Ein unbestimmtes Bedauern quälte sie: warum hatte sie niemals in ihrer Kindheit die Güte der Erde empfunden?
Das junge Korn bedeckte eine ungeheure Fläche mit zartem, den Augen wohlthuendem Grün, alte Stämme senkten längs des Grabens ihre Äste mit den noch dunklen Knospen herunter. Von Zeit zu Zeit jagte ein Wagen im Galopp vorbei. Sulette ließ sich nicht stören. Ein gegenüber auf dem Telephonbrat sitzender Vogel schaute nach ihr, piepste, bewegte die Schwanzfedern, wendete den Kopf der Länge der Straße zu, als wenn er den Wächter machte, sah sie wieder an und versicherte sie mit einem leisen zarten Ton. Kein Fußhänger nahte.
Der Führer eines kleinen, mit Brettern und einem leeren Faß beladenen Rollwagens ließ, um seine Peise in Brand zu setzen, das Pferd im Schritt gehen. Das war ein beliebter

Mann mit Ueberzieher und rundem Hut, der, nach der stehenden Redensart, das wohlhabende Aussehen eines Großkaufmanns in Schweinen hatte; seine kleinen Augen und die Nase verloren sich in dem auergnatlichen bärtigen und gesunden Gesicht. Er schwang die Peise.
„He! Kleine Mutter, steigen Sie doch hinten auf, wenn Sie meine Richtung gehen!“ rief er freundschaftlich.
„Ich gehe bis Willgrat,“ antwortete Sulette, sitzbleibend, denn sie glaubte nicht mehr an die Gefälligkeit der Menschen.
„Das ist der Mühe wert! Ich kann Sie gut 15 Kilometer mitnehmen, dazu durch den Wald!“
Sulette erhob sich, immer noch mißtrauisch. Aber das derbe Gesicht des Wagenführers drückte nur eine behagliche Gutmütigkeit aus, da beeilte sie sich.
„Sie tun mir einen großen Gefallen!“
Mit Mühe nahm sie hinten auf dem Fuhrwerk Platz; die Beine herunterhängen lassend, hielt sie sich mit einer Hand am Pfosten. Das Pferd verfiel in ziemlich lebhaften Trab, und das heftige Stoßen des Wagens verursachte Sulette stehende Schmerzen in den Seiten, Ziehen im Rücken und den Lenden. Aber trotzdem welches Glück! Sie konnte noch am Abend in Millerau eintreffen, statt unter freiem Himmel zu schlafen.
Während zwei Stunden sprach der Fuhrmann kein Wort, wandte sich nicht nach ihr um; wenn sich Sulette zur Seite bog, sah sie seinen breiten Rücken und mußte den Rauch der Peise einschlucken. Wo der Weg nach Poissy abzweigte, stieg sie herunter.
Die Straße führte eben und einsam zwischen Bäumen hin, Sulette ging, von Anstrengung und Hunger geschwächt, wie eine Greisin. Bei jedem Grenzstein setzte sie sich.
23.
In der Dämmerung endlich hoben sich die Umrisse von Millerau aus nächster Nähe ab. Der Geruch der heimatischen Erde übte auf Sulette eine herzustärkende Wirkung aus. Sie erkannte die Apfelbäume auf den Feldern, vor den Häusern wieder. Bei der ersten menschlichen Gestalt, die sie wahrnahm, kam ihr ohne Zögern ein Name auf die Lippen.
Aber auch sie konnte wiederum das Dorf nicht durchgehen, ohne erkannt zu werden, so hoch der helle Mondschein ihre schwarze Silhouette von dem Weiß des Mauerwerks ab. Da gab es eine beträchtliche Aufregung, alle möglichen Gesten, Anrufe, Herzulaufen:
„Da die Sulette! Der Brugnotte ihre Tochter?“
Sie eilte mitten durch die Ausrufe, ohne zu antworten.

Ehe sich ein Schwarm hatte bilden können, erreichte sie die Behausung ihrer Mutter, die fast in der Mitte des Dorfes lag.
Die Bewohner von Millerau muhten ihre Ungebild bis zum folgenden Morgen verschoben.
Aber zur allgemeinen Enttäuschung blieb Sulette an andern Tagen und ebenso die folgenden unsichtbar. Die Brugnotte hielt Tür und Fensterläden fest geschlossen und verweigerte jede Auskunft.
Das konnte gleichwohl nicht so einfach hingehen! Die Leute hatten Augen, sie wußten, was sie gesehen! Ah, das erlebte sie nicht so rasch! Sie ließen sich nicht hintergehen.
Die Dörfler waren gegen Sulette aufgebracht, weil sie nicht mehr ihrer Welt, ihrer Klasse, ihrem Schicksal angehörte. Sie grollten, daß sie nicht wenigstens im Dorfe ihren Eintritt begangen.
Nach vor kurzem, beim Weggang, hatte man sie beneidet, jetzt, bei der Rückkehr, hielt man sich schadlos.
Ah! Sulette war nach Paris gegangen in Dienst! Und nur brachte sie ihr Bündel mit! Die waren lauben, die Dienstmädchen von Paris.
Auch zürnte man, daß es ihr so schnell gelungen war, sich im Haus der Brugnotte zu verbergen und dem unerlässlichen Standal zu entkommen. Manche würden gleichgültig gelblicher sein, wäre alles normal vor sich gegangen; hätte der öffentliche Standal stattgefunden, dann würden sie nicht weiter gedrängt haben. Aber für den Augenblick fühlten sie sich gekränkt.
Was sind das für Manieren! Man weiß doch, was ein schwangeres Mädel ist! Was fürchtet denn Sulette? Die Leute waren keine Wilden, man hätte sie nicht toteschlagen. . . Sie trug keinen königlichen Prinzen. . . Das ist eine Art, die Menschen zu behandeln. . . Madame versteht sich, will niemand sehen. . . Hat sie Furcht vorm bösen Blick?
Kurz, jeder trug einen Groß mit sich herum, den er gern befriedigen wollte, indem er Sulette, ihre unförmliche Gestalt vor Augen, ins Gesicht lachte. Jeder hielt einen rohen Scherz in völliger Bereitschaft.
Man wird in Paris sehr tüchtig genährt! — aber man hat ungleichen Nutzen davon, das Gesicht bleibt mager. . .
Sie begriffen, daß Sulette sich erst nach ihrer Niederkunft zeigen würde. Gut! Sie sollte durchs Warten keinen Verlust haben, wenn auch die Mißgestalt verschwunden, lachen würden sie trotzdem; hatte man doch das Kind, diesen schmutzigen Bastard, ein hübsches Erzeugnis!
Nun wartete das ganze Dorf, mit Mißgunst das Haus der Brugnotte bewachend.
„An einem oder dem anderen Tage wird's wohl erscheinen müssen,“ sagte man mit Nachdruck.
(Fortsetzung folgt.)

Rekordläufer.

Zwei englische Meilen, gleich 3218 Metern, sind von dem neuen Weltrekordmann Wade in 9:01,4 Minuten gelaufen worden, ein ungeheures Ereignis, das die bürgerliche Presse rein aus dem Häuschen bringt. Wenn es möglich wäre, was aber unmöglich ist, die Leistung eine Stunde durchzuhalten, so würde die Geschwindigkeit eines Summelzugs von 25 Kilometern erreicht werden. Die menschliche Laufmaschine humpelt also beträchtlich hinter der Schnellzuggeschwindigkeit hinterher. Doch was tut? Ein neuer Rekord, ein Weltrekord! Heil uns und unseren Kindern, die in unserer Rekordzeit leben können. Wie waren wir früher so bescheiden, als der Weltlauf um eine Wurst oder einen Sechser die Kinder entflammte, eine Zeit ohne atomraubende menschliche Rekorde, hinter der alle Großtaten des Geistes und der Technik sich vertrieben müssen. Das Schicksal der Menschen liegt fortan in ihren Beinen und in einem starken Läuferherz. Der menschliche Körper lehnt sich auf gegen die Materie. Und sie kommen an in Scharen, in Autos, in der Untergrund, mit der Straßenbahn, die Läufer womöglich mit Flugzeugen, um gegen die Technik zu demonstrieren. Da halten sie es alle, ins Moderne übertragen, mit Mephistopheles in Goethes Faust, wo es noch altmodisch heißt:

Wenn ich sechs Hengste zahlen kann,
Sind ihre Kräfte nicht die meinen?
Ich renne zu und bin ein rechter Mann,
Als hält' ich vierundzwanzig Peine.

Und trotz dem neuen Weltrekord menschlicher Beine trampelt sich die Menge ihre kostbaren Hühneraugen entzwei, um nur ja mit der Bahn mitzukommen, anstatt eilenden Fußes nach Hause zu laufen. Im Ernst, es ist ein Affentheater, das durch die breiten Leitartikel und Schmuckblätter nicht besser wird. Dies ganze Gezei ist das Krankheitsphänomen einer Zeit, die ununterbrochen Keuschheiten nachjagt und den Rekord körperlicher Leistung als ihren neuen Gott erwehlt. Ein Knie vor dem trainierten Bizeps, statt harmonischen Zusammenklagens von Körper und Geist. Die ästhetische Wirkung des Schnelllaufens zugegeben, der Rekordstimm, dem immer wieder der eigene Rekord zu schlagen bleibt, wird immer mehr zu einer widerwärtigen Zeltersehnung. Und die anfänglichen Zeitungen, die doch immerhin ihrer Zeit dienen sollten, sollten endlich aufhören, den Rummel noch künstlich zu steigern.

Vor dem Pfandhaus.

Bargeld für nichts.

Vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Ritte hatten sich gestern zwei raffinierte Gauner, der „Schlöffer“ Parzke und ein gewisser Schiller zu verantworten. Beide gehörten einer weit verbreiteten Schiebertruppe an.

Schiller war eines Tages an einen Ingenieur, der in der Pfandkammer in der Schönhauser Straße etwas kaufen wollte, herangetreten, hatte ihm seine Not gesagt und ihn dann gebeten, ihm 100 Mark für kurze Zeit zu leihen, damit er billige Ware erwerben könnte. Da der Ingenieur eine „goldene Uhr“ und einen „Brillantring“ und einen zweiten Ring als Pfand in die Hand gedrückt bekam, glaubte er sich gedeckt und gab die 100 Mark. Er sah sich dann durch einen Blick in seine Hand davon überzeugen konnte, daß die Ware Talmi war, war Schiller mit dem Geld verschwunden. Ähnlich erging es einem Reiner in einem Auktionslokal in der Wallstraße. Er sollte auf Veranlassung des Schiller für diesen einen ihm übergebenen Karton mit Goldwaren für 260 Mark verkaufen, weil der Verkäufer, natürlich ein Komplize, nicht wissen sollte, daß er, Schiller, der eigentliche Käufer wäre. Während dann der Reiner das Geld auszahlte, stellte sich Schiller mit gequältem Briestafel neben ihn, als könne er ihm den Betrag gleich wieder erstatten. Statt dessen waren aber dann Schiller und der Verkäufer in dem ersten günstigen Moment, unter Zurücklassung des Pappkartons mit seinem sich als wertlos erweisenden Inhalt, mit den 260 Mark verschwunden. Am nächsten spielte schließlich Parzke einem Italiener mit. Dieser ließ sich durch die Angaben, er könne eine Möbelleinrichtung billig kaufen, verleiten, 300 Mark herzugeben. Als er dann das Geld aus einem Umschlag nahm, und Parzke sah, daß sich noch 400 Mark darin befanden, packte er auch dieses Geld, obwohl der Italiener widerstrebt. Der Südländer konnte sich aber nicht rühren, weil einige Genossen des Parzke ihn umdrängten und jede Bewegung unmöglich machten. Als er endlich etwas Luft bekam, waren Parzke und das Geld fort. Angesichts dieses Gewaltaktes kam das Gericht bei Parzke, nicht wie früher, zu einem Schuldbekenntnis wegen Betruges, sondern es verurteilte ihn wegen Raubes zu 1 Jahr Gefängnis. Schiller kam mit 6 Monaten Gefängnis davon.

Fahnenweihe.

Reklamezettel, die einem unterwegs in die Hand gedrückt werden, pflegt man meist ungenutzt dem großen öffentlichen Papierkorb zu überantworten. Diesmal war es die übergroße Beschäftigung der edlen Spenderin, die sich von dem bewosten Gebaren der Zeitungsverleger-Professionals unterließ und es tatsächlich fertig brachte, daß man ihrem papierernen Händedruck Beachtung schenkte. Auf dem ominösen Blättchen war zu lesen: Einladung zum Stützungsfest mit Fahnenweihe, Berliner Brauerei, Ruffit, Lanz, Lombola, Festreden, Festaufführung, immer feste, feste, feste! Die Deutschnationale Arbeitergruppe lud die weiblichen Straßenpassanten ein. Anfang 7 Uhr, Ende 8 Uhr morgens. Also es wird lustig, es dauert lange und — was die Hauptsache: Es wird feucht!!! Auf der Einladung steht doch schwarz auf weiß: Da hoher Besuch erwartet wird, bitten wir um zahlreiches Erscheinen. Wer wollte denn nicht gern nach all der langen Zeit wieder mal stramm stehen und feste Hurra brüllen dürfen? Ein bißel Bauchschmerzen und Buckelkrümmen tut doch auch wieder wohl, man ist ja ganz steif geworden. Das Fest beginnt! Die Hauskapelle intoniert Schrittweise, dann erscheint Festredner Nr. 1 und verkündet das Nachwortnichten der Parteiführer, die augenblicklich Köln beglücken. (Kom nichteingetroffenen „hohen“ Besuch kein Sterkenwort.) In Abwesenheit der Chefs sprach also die zehnte Garnitur. Sprechen ist ein ja sanftes Wort, denn sie brüllten, daß der Kalk fast von der Wand bröckelte und die weibliche Stimmung in alle Winde zerflog. Die Fahne soll die feine Wölfe Deutschland in einen Garten Eden verwandeln, die Fahne soll Arbeit geben, Einigkeit schaffen, Kraft und Mut verleihen. Tenor der Sache: die alten Farben sollen wieder aufleben, der edle Hohenzollerngeist soll walten und so fort mit Grazie. Nachdem das Deutschlandlied vor, während und nach der Suada stieg, folgte die Fahnenweihe mit Fahnenjungfrau, Stützungsregeln und allen erforderlichen Requisiten. Die Fahnenjunger marschieren, daß die Erde bebte und die Bierfelder manken, eisernen Gefächts, starren Blickes, jeder Zoll Kanonenfutter. Nachdem der seriöse Teil glücklich beendet, ging's dann in friedlichen Frohsinn über. Die schwarzweißrote „Arbeitergruppe“ übt sich im freundschaftlichen Tanz.

Der Schmachthagerer Nord.

Die Schmachthagerer Nordaffäre, die bis zum Jahre 1919 zurückreicht, und durch den Selbstmord der Frau Brzick eine traurige Wendung nahm, befindet sich zurzeit immer noch im Stadium des Vorderfahrens. Wie erinnertlich, wurde im Jahre 1919 der Baueragutsdelfer Janson in Schmachthagen bei Drönitz ermordet aufgefunden. Fünf Jahre später wurde dann sein Nachbar, Johann Brzick, unter dem Verdacht des Mordes verhaftet, weil er Differenzen mit dem Toten gehabt und verdächtige Äußerungen gemacht hatte. Nach

einigen Monaten jedoch wurde er aus der Untersuchungshaft entlassen und das Verfahren eingestellt. Im Mai 1926 erfolgte auf Grund anomimer Anzeigen plötzlich die abermalige Verhaftung des Johann Brzick und seiner Frau Marie unter Verdacht des Mordes, bzw. der Beihilfe. Jedoch wurde die Frau im Juli d. J. auf Antrag von Rechtsanwalt Dr. Mendel wieder entlassen, weil angenommen wurde, daß sie überhaupt von dem Tode des Janson erst später gehört und von dem Treiben ihres Mannes nichts gewußt habe. Ihr eigener Mann dagegen hatte sie nicht nur schwer belästigt, sondern auch selbst eingestanden, den Mord an Janson begangen zu haben. Dieses Geständnis widerrief dieser später mit der Behauptung, ein Handwerksbursche Krändel, der auch daraufhin in Untersuchungshaft genommen wurde, habe den Mord begangen. Ferner hatte er den Verdacht auf die eigene Ehefrau des Janson gelenkt, die zu Begehren ihres Mannes ein illegitimes Liebesverhältnis unterhalten habe. Frau Brzick nahm sich dann vor kurzer Zeit das Leben, weil sie es sich sehr zu Herzen genommen hatte, von ihrem Manne in dieser Weise belästigt zu werden. Frau Janson konnte noch nicht vernommen werden, weil ihr Aufenthalt zurzeit unbekannt ist.

Das eigene Haus angezündet.

Tat einer Geisteschwachen.

Die freiwillige Feuerwehr von Niederschönhausen wurde gestern nachmittags nach der Waldowstraße 8 alarmiert, wo aus einem Einfamilienhaus starke Rauchschwaden drangen. Vorübergehende wurden ruhig und versuchten durch Klopfen Einlaß zu erhalten. Als niemand öffnete und die Rauchentwicklung immer stärker wurde, rief man die Niederschönhauser freiwillige Feuerwehr herbei, die nach kurzer Zeit unter Leitung des Oberbrandmeisters Geiseler erschien.

Die Türen mußten gewaltsam geöffnet werden. Den eindringenden Feuerwehrluten, die infolge der äußerst starken Verqualmung nur mit Rauchschutzapparaten vorgehen konnten, schlugen bereits die hellen Flammen entgegen. Mit zwei C-Röhren wurde das Feuer, das an Möbeln und Kleidungsstücken reichliche Nahrung fand, bekämpft. Nach einstündiger Tätigkeit war die Hauptgefahr beseitigt. Ein Zimmer ist ausgebrannt, die danebenliegenden sind gleichfalls stark gelitten. Als die Wächmannschaften in die Küche eindrangen, fanden sie eine ältere Frau mit einem Gas Schlauch im Munde, den Kopf auf dem Küchenschrank liegend, vor. Sofort angeordnete Wiederbelebungsoberfläche waren von Erfolg gekrönt. Wie festgestellt wurde, hatte die Frau, die geistig nicht ganz normal ist, während der Abwesenheit ihres Ehemannes und der Tochter, das Feuer angezündet. Sie hatte die Absicht, das Haus in Flammen aufgehen zu lassen, um zu verhindern, daß die Tochter, deren Möbel sich gleichfalls in dem Hause befanden, eine von ihr nicht gewünschte Ehe eingehen wolle. In der Küche nahm sie dann den Gas Schlauch in den Mund, um Selbstmord zu verüben.

Ein weiteres gefährliches Feuer, das nur durch das schnelle Erscheinen und tätige Eingreifen der Feuerwehr keine allzugroße Ausdehnung annehmen konnte, beschäftigte mehrere Löschzüge der Feuerwehr unter Leitung von Baurat Räder in der Musterhauser Straße 17. Durch die Unvorsichtigkeit eines Arbeiters in einer im Dachstuhl gelegenen Zellaufbaufabrik geriet eine leichtbrennbare Flüssigkeit in Brand. Eine Stichflamme nahm ihren Weg durch mehrere Räume, die kurz darauf in Flammen standen. Die Feuerwehr war etwa zwei Stunden an der Brandstelle tätig. Ein großer und zwei kleinere Räume sind ausgebrannt. Auch die darüber liegende Dachkonstruktion wurde von den Flammen ergriffen und zum Teil vernichtet.

Die Elternbeiratswahlen auf Wedding.

Die am Sonntag auf dem Wedding in den Gemeindefschulen 54, 131 und 276 (Fener Straße) vollzogenen Nachwahlen zu den Elternbeiräten, bei denen der „Christlich-unpolitischen“ Liste eine gemeinsame Liste der Linken (SPD., KPD., Freidenker) gegenüberstand, haben folgende Ergebnisse gehabt:

Schule 54: Wahlberechtigte 956, abgegebene Stimmen 380, davon die „Christlich-unpolitischen“ 245 (8 Mandate), die Linke 135 (4 Mandate).

Schule 131: Wahlberechtigte 817, abgegebene Stimmen 397, davon die „Christlich-unpolitischen“ 271 (7 Mandate), die Linke 125 (3 Mandate).

Schule 276: Wahlberechtigte 478, abgegebene Stimmen 224, davon die „Christlich-unpolitischen“ 140 (4 Mandate), die Linke 84 (3 Mandate).

In den Schulen 54, 131, 276 hatten bei den Hauptwahlen, weil die gemeinsame Liste der Linken aus formalen Gründen als „ungültig“ zurückgewiesen worden waren, die „Christlich-unpolitischen“ samstags förmliche Mandate eingeholt. Durch die Nachwahlen, die nach Anerkennung des Protestes der Linken angeordnet werden mußten, ist den „Christlich-unpolitischen“ wenigstens ein Teil ihres Raubes abgejagt worden. Daß sie an allen drei Schulen immer noch zwei Drittel der Mandate behaupten konnten, verdanken sie der bedauerlichen Gleichgültigkeit, die viele linksgerichtete Eltern gegenüber den Elternbeiratswahlen bekunden. Wie wäre es sonst möglich, daß in Berlin-Nord mit seiner ausgesprochen proletarischen Bevölkerung, wo politische Wahlen stets eine Mehrheit für die Linke ergeben, bei den Elternbeiratswahlen die Reaktion triumphiert! Diese Eltern sollten endlich begreifen, daß hinter der so harmlos klingenden Bezeichnung „Christlich-unpolitisch“ tatsächlich die Reaktion steht.

Ein Erfolg der Liste „Schulaufbau“. Für die diesjährige Elternbeiratswahl war — in Charlottenburg zum erstenmal — auch an einer Mittelschule, der Städtischen Elisabethschule, von der republikanischen Elternschaft eine eigene Liste mit dem Kennwort „Schulaufbau“ aufgestellt, vom Wahlvorstand jedoch aus nichtigen Gründen zurückgewiesen worden. Das Provinzialparlament gab dem Einspruch gegen die Zurückweisung statt und bestimmte Neuwahl des Elternbeirates an. Diese fand nun am 12. September statt und brachte der Liste „Schulaufbau“ einen überraschend guten Erfolg: während die Christlich-unpolitischen auf der bisherigen Einheitsliste fast ganz unter sich waren, erhielten sie diesmal von 17 Seiten mit 440 Stimmen nur 11; die Liste „Schulaufbau“ errang mit 240 Stimmen 6 Sitze — für den ersten Versuch ein glänzendes Ergebnis.

Berlin-Königsberg in 2 1/2 Stunden.

Das von der Dorulust auf der gemeinsam mit der Deutschen Luftfahrt betriebenen Flugstrecke Berlin-Königsberg-Rostau eingestellte Verkehrsflugzeug Typ Dornier-Heckler, ausgestattet mit einem 450-PS-VRW-Motor, startete am gestrigen Montag unter Führung der Besatzung Planer-Bismarck im Flughafen Tempelhofer Feld um 12.10 Uhr nachts und landete bereits nach 2 1/2 stündiger Fahrt um 14.40 Uhr (2.40 nachts) im Flughafen Königsberg.

Von einem Krafttrad übersahren. Ein folgenschwerer Straßenunfall ereignete sich gestern an der Ecke Sudapfester und Wichmannstraße. Ein Motorradfahrer, der in schneller Fahrt herannahte, wollte einen Personenkraftwagen ausweichen. Infolge der Geschwindigkeit kam das Krafttrad ins Schleudern; der Fahrer verlor die Gewalt über sein Gefährt und geriet auf den Bürgersteig. Hierbei wurden zwei vorübergehende Damen erfaßt und überfahren. Ein Fräulein Charlotte Neumann aus der Burggrafenstr. 13 zog sich einen Schädelbruch zu und ihre Begleiterin, Fräulein Rita Rosenberger aus der Reineckstr. 23 erlitt erhebliche Kopfverletzungen und einen Nervenschlag. Beide fanden im Westender Krankenhaus Aufnahme. Der Motorradfahrer, der unverletzt blieb, wurde von der Polizei festgenommen.

Die städtischen Notstandsarbeiten.

Der Ausschuss für Angelegenheiten der Erwerbslosen hat sich gestern mit den Dringlichkeitsanträgen über Notstandsmassnahmen und Erwerbslosenfürsorge beschäftigt. Unter anderem nahm er einen Antrag an: „Der Magistrat wird ersucht, alle geplanten Arbeiten sofort in Angriff zu nehmen, weitere Notstandsprojekte der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen und die Erschließung besonderer Arbeitsmöglichkeiten für weibliche Arbeitslose und erwerbslose Angestellte dabei zu berücksichtigen“. Weiter wurde ein Antrag angenommen, wonach der Magistrat ersucht wird, beim Landesarbeitsamt sowie beim Preussischen Staat dahin zu wirken, daß bei allen Unterstützungsempfängern, insbesondere bei der Erwerbslosenhilfe bei der Berechnung des Existenzminimums für Erwerbslose und ihre Angehörigen der etwaige Verdienst anderer Familienmitglieder nicht mehr in Anrechnung gebracht wird. Ferner wird der Magistrat beauftragt, nachprüfen zu lassen, ob der Stichtag beim Bezug von Unterstüngen, die sich aus den Richtlinien der Erwerbslosenhilfe ergeben, nicht zu ändern ist. Der Magistrat wird weiter aufgefordert, für die erwerbslosen Jugendlichen geeignete Räume zur Verfügung zu stellen. Der Ausschuss mußte wegen der vorgerückten Zeit seine Arbeiten vertagen.

Einen bösen Reinsfall erlebte gestern ein Pferdewagen. Ein der Schloßbrauerei Schöneberg gehörendes, mit Bierfässern voll beladenes und mit zwei prächtigen Schimmeln bespanntes Fuhrwerk, das auf dem Rollendorfsplatz einige Augenblicke unbewacht stand, wurde von einem fremden Manne gestohlen. Der Dieb gelangte bis nach der Stromstraße, wo er einem dort zufällig anwesenden Bierkutscher der Schöneberger Schloßbrauerei verdächtig vorkam. Dieser stellte ihn, worauf der Dieb fröstig auf die Pferde eintrieb, um davon zu kommen. Der Bierkutscher fiel den Pferden in die Fänge und hielt den Wagen an. Es kam zwischen ihm und dem Diebe zu einem regelrechten Ringkampf. Der letztere wollte endlich die Flucht ergreifen. Er wurde aber von der Polizei ergriffen.

Der Sonntags-Sonderzug nach Swinemünde—Heringsdorf, der Sonntag früh 6 1/2 Uhr Berlin verließ und kurz nach 10 Uhr seinen Bestimmungsort erreichte, hatte wieder eine außerordentlich gute Befahrung aufzuweisen. Auf elf 4-Klasse-Wagen verteilten sich etwa 600 Ausflügler. Der weitläufige Teil der Sonderfahrer verließ den Sonderzug in Swinemünde. Vom Fremdenverkehrsverein der Ostsee war ein Herbstprogramm aufgestellt worden. U. a. war eine Besichtigung einiger Kriegsschiffe, die an den Herbstmanövern in der Ostsee teilgenommen hatten, vorgesehen. Im Hafen von Swinemünde waren außer einigen Torpedobooten die Linienschiffe „Schleswig-Holstein“, „Hessen“ und die beiden Kreuzer „Amazonen“ und „Rymphie“ vor Anker gegangen. Die übrigen Reisenden sahen weiter nach Ahlbeck und Heringsdorf, um bei dem herrlichen, sonnigen Spätsommerwetter, das leider in den Nachmittagsstunden ein lokales Gewitter mit einem tüchtigen Regenschauer brachte, zu baden und sich im sonnendurchwärmten Sande zu erholen. Pünktlich 12 Uhr nachts landete die große Schar der Ausflügler auf dem Stettiner Bahnhof.

Am kommenden Sonntag, den 19. September, wird die Reichsbahndirektion Berlin, genügende Beteiligung vorausgesetzt, einen Sonntags-Sonderzug 4. Klasse zu ermäßigten Fahrpreisen nach Thale i. Harz verkehren lassen. Der Zug verläßt Berlin um 6 1/2 Uhr vormittags, Potsdam um 7.13 Uhr und trifft in Thale um 11.07 Uhr vormittags ein. Die Rückfahrt erfolgt ab Thale um 7 1/2 Uhr abends; der Zug trifft in Potsdam 11.21 Uhr und in Berlin, Potsdamer Bahnhof, 11.55 Uhr nachts wieder ein. Die ermäßigten Fahrpreise für Hin- und Rückfahrt betragen von Berlin 10.30 M. und von Potsdam 9 M. Der Fahrkartenvorverkauf beginnt am Dienstag, den 14. September, bei den Fahrkartenausgaben im Potsdamer Bahnhof und Potsdam sowie bei den Ausgabestellen des Mitteleuropäischen Reisebüros Potsdamer Bahnhof, Bahnhof Friedrichstraße, Unter den Linden 57/58 und Kaufhaus des Westens.

Die „kleinen Kleider“. Auch in der Leipziger Straße rüstet man zum Saisonbeginn. Im blumengeschmückten Ausstellungsraum des Warenhauses Lieg führten Rannequins, darunter zwei männlichen Geschlechts für die Herrenbekleidung, die neuesten Schöpfungen auf dem Gebiet der Straßen-, Sport- und Abendbekleidung vor. Man zeigt hier vor allem die sogenannten „kleinen“ Kleider, d. h. Kleider, die dem Zwecke des täglichen Gebrauches dienen. Preiswert und zugleich geschmackvoll in der Ausführung waren leichte Stoff- und Seidenkleider, wogegen die Preise der Stoffmäntel, die sich meist dem zweiten Hundertmarktschein näherten, etwas hoch gegriffen erschienen. Dann gab es Morgenröcke in leuchtendsten Farben für den frühen Morgen ein wenig prunkvoll gehalten und auch entsprechende Stoffkleider, Abendkleider, Pelzmäntel, dazwischen als äußerst amüsante Abwechslung ein weibliches Bogerdeck (man kann auch damit menschen-dienen). Bei Rußbegleitung dekorierte das Amazonentorps, Blumen in die Menge streuend, vor vielen Frühaugenen gemessenen Schrittes, den Preis der vorgeführten Mode als Brustschild tragend. Nun wissen wir, was „man trägt“ — jetzt noch das nötige Kleingeld.

Der Tod im Bogring.

Bei einer Faustkampfveranstaltung des Bogringes Augsburg ereignete sich am Sonntag ein schwerer Unfall, wie er im Bogring zu den größten Seltenheiten zählt. Der südbayerische Meister Heilmann (Turnverein Augsburg) schlug in der dritten Runde Lottier (Bogring Augsburg) durch Kinnhaken zu Boden, wobei Lottier mit der Halswirbelsäule rückwärts gegen die Seele fallend, vom Ringrichter ausgehört wurde. Lottier mußte weggetragen werden. 15 Minuten später trat der Tod infolge Gehirndrucks ein.

Sportleidenhaft.

Ein merkwürdiges Ende nahm in Leipzig das Fußballweitspiel mit einer Prager Mannschaft, wobei Leipzig katastrophal (2:11) geschlagen wurde. Nach dem Spiele richtete das Publikum Drohungen gegen die Prager und den Schiedsrichter. Die Polizei mußte den Mann begleiten, wurde aber selbst tödlich angegriffen und beschimpft und mußte blant ziehen, um sich der Demonstration zu erwehren. Sehr schwierig war auch die Abfahrt der Prager, da es nur mit Mühe gelang, den Bahnhof von der aufgeregten Volksmenge zu räumen. Auch das Auto der Prager war mit Steinen bombardiert und beschädigt worden.

Eisenbahnunglück in Rumänien. Auf dem Bahnhof von Contesti ist, nach einer Meldung aus Bukarest, ein Schnellzug mit einem anderen Zug zusammengestoßen. Fünf Personen wurden getötet, dreißig verletzt.

Schwere Ueberschwemmungskatastrophe in Japan. Einer Meldung aus Tokio zufolge ist die 120 000 Einwohner zählende Stadt Hiroshima im Südwesten von Rippon in der vergangenen Nacht von einem schweren Regenschirm heimgesucht worden. 20 000 Häuser wurden vollkommen überflutet, 30 Tote, 20 Verwundete und 30 Vermisste sind bisher gemeldet. Infolge der Ueberschwemmung sind zahlreiche Erdbeben und Brückeneinstürze zu verzeichnen. Die Stadt gleicht einem See.

Sport.

Paris der Extraklasse auf der Olympia-Radrennbahn. Die nächsten Rennen auf der Olympia-Radrennbahn, die am Sonntag, den 19. d. M. stattfinden, verprechen wieder auf der ganzen Linie großen Sport. Die beiden Dauerrennen über 40 und 60 Km. haben mit unserem neuen Stierkämpfer Billig, dem Malador der Olympia-Radrennbahn Sawaall, dem wieder in großer Form befindlichen Franzosen Suter, dem Franzosen Barlot und dem beliebten Herrn Krupat eine ganz ausgezeichnete Besetzung gefunden, die spannende Kämpfe erwarten läßt. Mehrere Fliegerrennen für Amateure und Berufsfahrer verobstündigen das Programm. Die Rennen beginnen um 4 Uhr.

"Ich stelle mich Ihnen vor
als **SUMA**
die jüngere Schwester
von **SUNLICHT**



In lauwarmem
Wasser auflösen



10-15 Min.
kochen



Gründlich spülen
erst heiss
dann lauwarm



SUMA ist das
vollkommenste
Waschmittel in
Kochkessel und Waschmaschine

Wir bringen Ihnen ein hervorragendes Erzeugnis: **SUMA**, die neue Art Seife in Pulverform. Damit ist aus jahrelangen Forschungen ein vollkommenes Waschmittel hervorgegangen, das weiß wie bunte Sachen, sowie Wolle gründlich reinigt und die Wäsche schonf.

SUMA ist absolut rein; wir verwenden zu seiner Herstellung weder Soda und Wasserglas, noch Chlor oder andere künstliche Bleichmittel.

SUMA macht das Waschen leicht; kein Einseifen, kein Bürsten, kein Körper und Wäsche zermürbendes hartes Reiben; der mild und natürlich reinigende **SUMA**-Schaum löst allen Schmutz.

SUMA wirkt im Kochkessel Wunder; es macht Ihre Wäsche schneeweiß. — Ihren farbigen Sachen erhält es Schönheit und Frische, Ihren Wollfäden zarte Weidheit.

SUMA ist ungemein sparsam:

1 Paket ergibt 4 Einer waschkräftige Lauge.

Versuchen Sie **SUMA** sofort; die meisten besseren Geschäfte führen es bereits; gerne bezeichnen wir nächstgelegene Bezugsquellen.

Preis 50 Pfg. pro Paket.

SUMA

die neue Art Seife
der
"Sunlicht" Mannheim

Senden Sie mir kostenlos
1 SUMA-Waschbuch

Name : _____

Straße: _____

Ort : _____

Ausschneiden
und als Druck-
sache (Porto 30)
an die Sunlicht-
Gesellschaft in
Mannheim
einfenden.

Neubewertung des landwirtschaftlichen Bodens.

Zur Grundsteuerveranlagung.

Die gegenwärtigen Veranlagungsunterlagen für die Steuerbewertung landwirtschaftlicher Grundstücke wird ganz allgemein als mangelhaft und als verbesserungsbedürftig empfunden. Sie erfolgt für Reich, Land und Gemeinde bekanntlich nicht nach übereinstimmenden Grundrissen. Auch sind die jetzt maßgebenden Unterlagen an sich recht ansehnlich.

In Preußen wurde die Landwirtschaft lange Zeit nach dem Gesetz vom 21. Mai 1861 besteuert. Dieses Gesetz leitete eine allgemeine Bewertung der Grundstücke nach der Güte des Bodens (Bonitierung) ein. Da diese Güteklassen noch heute gelten, ergaben sich im Verlauf der Zeit solche Ungerechtigkeiten, daß das Ergänzungsteuergesetz vom 14. Juli 1893 infolgedessen eingreifen mußte, als der ursprünglich ermittelte Grundsteuerertrag eine Verbindung mit der Steuer nach dem gemeinen Wert eingehen mußte.

In der Nachkriegszeit arbeitete man ergänzend mit dem Wehrbeitragswert und dem berechtigten Wehrbeitragswert. Durch die Novelle vom 28. Februar 1924 zum Gesetz über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen ist nun dem preussischen Staatsministerium die Verpflichtung auferlegt worden,

„eine neue Berechnung des Wertes vom Grundvermögen in die Wege zu leiten und die Werte der einzelnen Bodenarten nach ihrer Ertragsfähigkeit unter Mitwirkung der Landwirtschaftskammern feststellen zu lassen“.

Die schon in Angriff genommenen Arbeiten wurden zunächst einmal gestoppt durch das zu gleicher Zeit vorbereitete Reichsbewertungsgesetz, das sich ebenfalls mit der Materie beschäftigt und sogenannte Einheitswerte für die Vermögensbesteuerung durch das Reich, die Länder und die Gemeinden umschrieben hat. Es war abzuwarten, ob dieses Reichsgesetz die Dispositionen des erwähnten preussischen Gesetzes nicht ändern würde. Eine Änderung ist denn auch infolgedessen eingetreten, als mit dem vorgeschriebenen Einheitswert sich eine „neue Berechnung des Wertes vom Vermögen“ durch die Landesgesetzgebung erübrigt hat. Dagegen ist der Auftrag verblieben, die Werte der einzelnen Bodenarten nach ihrer Ertragsfähigkeit feststellen zu lassen.

Diesem Zwecke soll nun ein jetzt dem preussischen Landtage zugeleitete „Entwurf eines Gesetzes über die Nachprüfung und Berichtigung der auf Grund des Gesetzes, betreffend die anderweitige Regelung der Grundsteuer, vom 21. Mai 1861, erfolgten Einschätzung der Liegenschaften“ dienen. Aber auch dieser Gesetzentwurf war inhaltlich so zu gestalten, daß seine Bestimmungen die Absichten des Reichsbewertungsgesetzes nicht irgendwie durchkreuzen, sie vielmehr nach Möglichkeit unterstützen. Prüft man die Vorlage in dieser Hinsicht, so wird man erkennen, daß auf diese Punkte vollaus Bedacht genommen worden ist; daß die Vorlage aber auch ohne das Reichsbewertungsgesetz denselben Inhalt hätte bieten können.

Das Reichsbewertungsgesetz bezweckt für die Besteuerung landwirtschaftlicher Vermögen die Inanspruchnahme aller Vermögensbestände des Betriebes. Das vorgelegte preussische Gesetz jedoch hat es nur mit dem Vermögensobjekt Boden zu tun. Also mit einem Teil des landwirtschaftlichen Vermögens, allerdings dem Hauptteil. Und das ist zugleich sein Vorzug. Denn es steht noch völlig dahin, ob der durch das Reichsbewertungsgesetz vorgeschriebene Einheitswert auf lange Zeit brauchbar sein wird; ob man nicht vielmehr über kurz oder lang dazu übergehen muß, die Besteuerung des landwirtschaftlichen Betriebsvermögens in der Weise zweckmäßiger zu gestalten, daß man das ganze auf die Landwirtschaft entfallende Vermögenssteuer soll ausschließlich auf die insoweit vorhandenen landwirtschaftlichen Bodenwerte verteilt.

Gegenwärtig sollen die ins Wert zu legenden Bestimmungen des geplanten preussischen Gesetzes dazu dienen, die Veranlagungsmassnahmen des Reichsbewertungsgesetzes zu unterstützen. Später können sie geeignet sein, die wünschenswerte Grundlage für eine reine Bodenbesteuerung herzugeben.

Im großen ganzen ist also die Vorlage zu billigen und zu begrüßen. Im einzelnen wird man Einwendungen erheben können.

Der Gesetzentwurf will an den durch das Gesetz vom Jahre 1861 geschaffenen Grundrissen nichts ändern. Die Bodenbewertung der sechziger Jahre soll, wo in Kulturland und Kulturstück wesentliche Änderungen nicht eingetreten sind, weiter bestehen bleiben. Im übrigen sind Berichtigungen der Klassifikation vorzunehmen, und zwar nach dem früheren Tarif. Danach werden die Flächen eingeteilt in Ackerland, Gärten, Wiesen, Weiden, Holzungen, Wasserstücke, Odland und Unland. Für jede Flächenart können in den einzelnen Veranlagungsbezirken bis zu acht Bonitätsklassen gebildet werden. Für jede Parzelle wird in das Grundsteuerkataster der Grundsteuerertrag eingetragen.

Als Reinertrag ist anzusehen der nach Abzug der Bewirtschaftungskosten vom Rohertrag verbleibende Ueberschuß, welcher von den nutzbaren Liegenschaften nachhaltig erzielt werden kann.

Der damit umschriebene Begriff des Reinertrages wird sich also im allgemeinen mit dem

bedeuten, was man sonst auch mit Bodenrente (oder Grundrente) bezeichnet. Gegenwärtig man sich diesen Umstand, dann wird man so gleich darauf gestossen, daß die Bodenrente nicht immer gleich bleibt. Darum ist zu billigen, daß nach einer Mittellinie gesucht wird, die für einen längeren Zeitraum die geschätzte Höhe dieser Rente anzeigt.

Schon bei den früheren Schätzungen wurde nicht etwa nur die Bodengüte an sich als ausreichend angesehen, sondern man zog auch die durchschnittlichen Kauf- und Pachtpreise von Grundstücken mit in Betracht, und zwar diejenigen der letzten zehn Jahre vor der Bonitierung. Die demnächst vorzunehmenden Berichtigungen können nun erklärlicherweise mit den Kauf- und Pachtpreisen seit 1915 überhaupt nicht rechnen; es läßt sich auch nicht voraussehen, wann hier wieder ein Zustand eintreten mag, der in früherem Sinne als normal und als verhältnismäßig stabil anzusprechen wäre. Ob es aber zu vertreten ist, für den Zeitraum der nächsten 15 Jahre, wie die Vorlage das will, die Durchschnitts- und Pachtpreise der Jahre 1895 bis 1906 zu verwenden, das ist eine sehr bedenkliche Frage. Denn bekanntlich hatten in jenem Zeitraum die Kaufpreise für landwirtschaftliche Grundstücke einen ganz besonderen Tiefstand.

Die Kauf- und Pachtpreise für die Bonitierung mit zu verwenden, hat schon an und für sich starke Bedenken. Man braucht sich bloß vorstellen, daß erfahrungsgemäß der Preis von Bodenschichten ein um so höherer ist, je kleinere Betriebe damit verbunden sind. Die Differenz beträgt zu weiten das Vier- bis Fünffache. Nimmt man nun an, daß der wirkliche Ertragswert etwa mit den Kauf- und Pachtpreisen der Mittelbetriebe ausgedrückt wird, dann geraten die Kleinbetriebe in Gefahr, daß ihr Boden zu hoch bemertet wird, während die Großbauern- und Gutsbesitzerbetriebe mit ihren Bodenwerten zu niedrig eingeschätzt werden.

Zu überlegen wird auch sein, ob es nicht geboten wäre, die Zahl der Bonitätsklassen zu erhöhen oder innerhalb der einzelnen Klasse wenigstens Unterstufungen zuzulassen oder vorzuschreiben. Der landwirtschaftliche Fruchtbau ist heute ja erheblich komplizierter, als er vor wenigen Jahren war. Demgemäß verlangen die verschiedenen Bodeneigenschaften eine entsprechend feinere Beurteilung.

In Anbetracht des vielfachen Auf und Ab der erzielbaren Bodenrente dürfte es am Ende zweckmäßiger sein, die Reinertragszahlen ganz fallen zu lassen und dafür durchschnittliche Rohertragszahlen einzusetzen. Dann würde man es in die Hand bekommen, die Grundsteuer von Jahr zu Jahr der Höhe der Bodenrente anzugleichen. Verwaltungsmäßig mag das umständlicher sein; der Kostenvoranschlag für den Staatshaushalt wird dann gewiß auch öfter nicht mit den wirklichen Ergebnissen übereinstimmen. Die Wirtschaft jedoch könnte dabei viel besser fahren, weil die Steuerleistung der Steuerkraft besser angepaßt sein würde.

Es gibt bedeutende Fachmänner, die von einer Bodenbewertung für Steuerzwecke sehr wenig oder gar nichts halten. Sie meinen, es sei nicht bloß einfacher und billiger, sondern auch viel verlässlicher, wenn (ebenso wie beim städtischen Boden bzw. bei Boden, der Bau- und Gewerbezwecken dient) der gemeine Wert als Grundlage verwendet wird. Man kann zugeben, daß dies bedingungsweise zutrifft. Als Bedingung würde nämlich zu stellen sein: die vorherige Ausbalancierung der Kauf- und Pachtunterchiedspreise zwischen Groß-, Mittel-, Klein- und Kleinstbetriebe. Gerade das nicht (bisher ist das nämlich nicht geschehen), dann käme solche Einschätzung und Veranlagung nur dem Großbetrieb zugute, während der Klein- und Kleinstbetrieb das Weniger des Großbetriebes mit ausgelassen erhält.

Einerlei nun, wie man sich grundsätzlich zu der Frage verhält, ob Steueranlagung nach Ertrags- oder nach gemeinem Wert: Bis auf weiteres muß man sich jedenfalls mit dem Ertragswert abfinden, weil dieser durch das Reichsbewertungsgesetz vorgeschrieben ist. Es kann also nur darauf ankommen, die bestmögliche Einschätzung ausfindig zu machen, und zwar auch für die einstweilige Betriebswertveranlagung. Sie wird für die Beteiligten um so erträglicher werden und sich um so gerechter auswirken können, je gewissenhafter die Bodenbewertung erfolgt, die die Unterlage dazu hergibt. Später wird man meines Erachtens zwingend dahin gedrängt werden, die Betriebsbesteuerung zugunsten einer reinen Bodenbesteuerung aufzugeben. Nicht bloß in Preußen, sondern auch in den anderen Ländern der deutschen Republik.

Otto Albrecht.

Uebersflugzeugwerte Reichsbefehl. Die Uebersflugzeugwerte sind jetzt formell in den Besitz des Reiches übergegangen. Die Uebersflugzeugwerte G. m. b. H. München tritt in Liquidation, nachdem sie vor 1 1/2 Monaten ihre Werte Kamersdorf sowie die von ihr erworbenen Komplexwerke in Augsburg an die Bayerischen Flugzeugwerke K. G. in Augsburg veräußert hat. Von dieser letzteren Gesellschaft hat das Reich die Aktienmajorität.

Der Roman der Kiebeck-Montanwerke.

Zum Geschäftsbericht 1925/26.

Wenn die K. Kiebeck'sche Montanwerke K. G. in Halle ihre Geschichte der letzten Jahre schrieb, es würde ein Industrieroman von selten spannender Gewalt. Auf den Höhepunkten der Inflation der Angriffspunkt des alten Hugo Stinnes, der über die Kiebeck'schen Delhandelsgesellschaften (Api-Olea) und seine Hamburger Abteilung für Seefahrt und Ueberseehandel seine Pläne auf die Schöpfung einer großen eigenen Delindustrie in Argentinien richtete, ist die Kiebeck'sche Montan K. G. heute der Angelpunkt einer neuen gewaltigen Weltkombination geworden. Die Aktienpakete von Stinnes sind in die Hände des Chemietrusts gewandert und die zur Deutschen Gasolin K. G., Berlin umfirmierte Hugo Stinnes-Kiebeck Del-K. G., Berlin (vereinigtes Api und Olea) stellt die Verbindung des Deutschen Chemietrusts zu Standard Oil und Royal Shell her, den größten Delproduzenten der Welt. Dazwischen aber liegt das Praktischwerden der größten technischen Revolution der letzten Jahre, der synthetischen Delgewinnung aus der Kohle.

Es ist ein einfacher Personenwechsel im Aufsichtsrat, der im Geschäftsbericht für 1925/26 der Kiebeck-Montan Zeuge dieser epochalen Umwälzung ist, ein Personenwechsel allerdings, der ohne Beispiel ist in der Wucht der Machtverschiebungen und technischen Neuschichtung der Industrie die hinter den Personen steht. Die demnächst erfolgende Beschlusfassung der Kiebeck-Aktionäre über den Interessengemeinschaftsvertrag mit der S. G. Farbenindustrie, der Kiebeck bekanntlich sechs Zehntel der Chemietrustdividende garantiert und ab 1930 den Umtausch der Kiebeck in Farbenaktien vorsieht, wird nur der formale Abschluß des großen Geschehens sein.

Der Geschäftsbericht selbst ist ebenso sachlich und nüchtern wie der früherer Jahre, denn weder im Wertsaufbau, noch im Vorstand der Gesellschaft brachte das letzte Jahr größere Veränderungen. Trotz der allgemeinen Wirtschaftskrise wird der Geschäftsverlauf als einigermaßen befriedigend bezeichnet. Brekitts und Grudekoks fanden guten Absatz. Nur der Absatz an Rohbraunkohle und in der letzten Zeit der Abfall der chemischen Erzeugnisse blieben etwas zurück. Die Produktionsziffern lassen allerdings keinen Rückgang erkennen; im Gegenteile:

	1925/26	1924/25	1923/24
Rohlenförderung . . .	6,68 Mill. Ton.	6,56 Mill. Ton.	6,89 Mill. T.
Brekittherstellung . . .	1,53	1,52	1,87
Rohpreßfeine . . .	63,100 Tonnen	64,400 Tonnen	62,200 Tonnen

Nach der Gewinn- und Verlustrechnung, die übrigens keinerlei Kostenrechnung bringt, sondern neben Reinüberschüssen nur die Abschreibungen ausweist, sind die Gewinne noch stärker gestiegen als die Produktionsziffern. Die Reinüberschüsse sind von 4,13 auf 4,93 Mill., die Abschreibungen von 2,6 auf 2,40 Mill. erhöht. Der Reingewinn ist gegen das Vorjahr von 1,72 auf 2,88 Millionen gestiegen. Die Einwände der Gesellschaft gegen die Lohn- und Soziallastensteigerung, die das letzte Jahr nach dem Geschäftsbericht gebracht habe, sind also aus der Entwicklung der Gewinnziffern nicht gerechtfertigt. Die Ankündigung einer 4proz. Dividende (1924/25 keine Dividende) ist nur eine formale Angelegenheit, da den Aktionären schon für dieses Jahr nach dem Vertrag mit dem Chemietrust auf die 50 Mill. Aktienkapital 6 Proz. Dividende zustehen.

Die Bilanz zeigt keine auffallenden Veränderungen. Es scheinen nicht unbedeutliche Neuaufwendungen für Anlagen erfolgt zu sein, über deren Finanzierung aus der Bilanz keine Schlüsse zu ziehen sind. Jedenfalls geht es der Gesellschaft finanziell sehr gut. Die Forderungen (11,71 Mill.) und die Lagerbestände (3,35 Mill.) sind gegen das Vorjahr erhöht. Die laufenden Verpflichtungen sind von 8,26 auf 7,18 Mill. zurückgegangen. Die Bilanz ist so günstig, daß sogar die im Vorjahr gebildete Sonderreserve von 1 Million Mark verschwiegen werden kann; sie ist in der Bilanz überhaupt nicht aufgeführt.

Erste Ergebnisse der Berufszählung.

Die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlicht soeben die ersten Ergebnisse der Berufszählung vom 16. Juni 1925. Zwar lassen sich aus den bisher vorliegenden Zahlen nicht allzuviel Schlüsse ziehen, da bisher erst die Zahlenangaben für Bayern, Hamburg, Oldenburg, Anhalt, Lübeck, Mecklenburg-Strelitz und Schaumburg-Lippe durchgerechnet und mit den früheren Ergebnissen verglichen sind. Abgesehen von Bayern sind es also durchweg kleinere Staatsgebiete, bei denen übrigens der agrarische Charakter stark vorwiegt, wenn man von Hamburg und Lübeck abseht.

Trotzdem zeigt sich schon in diesen Zahlen, daß der Anteil der Erwerbstätigen in der Gesamtbevölkerung gegenüber der letzten Zählung von 1907 beträchtlich gestiegen ist, so zum Beispiel in Bayern von 51,7 auf 53,7 Proz., in Hamburg von 46,2 Proz. auf 50,9 Proz., in Oldenburg von 42,0 auf 51,6 Proz., in Anhalt von 40,4 auf 46,8 Proz., in Lübeck von 43,5 auf 47,4 Proz., in Mecklenburg-Strelitz von 45,2 auf 48,4 Proz. und in Schaumburg-Lippe von 41,6 auf 48,8 Proz. Ebenso hat die Zahl der erwerbstätigen Frauen zugenommen. Im übrigen ist die Steigerung



Eine echte Orientperle

IST DIE **Massary Perle**

UND DOCH NUR **4^{1/2}**

Eine Zigarette von Rang

Schon probiert?



Die Bezirksfrauenkonferenz.

Frauen und Erwerbslosigkeit.

Als Auftakt zur Winterarbeit hatte der Berliner Bezirksfrauen-ausschuss im Einverständnis mit dem Bezirksvorstand am Sonntag die Funktionärinnen zu einer Konferenz nach dem ehemaligen Herrenhaus berufen.

Genosse Dr. Broeker sprach als Hauptreferent über „Das Problem der Arbeitslosigkeit“.

Nach ausführlichen Darlegungen über Umfang und Ursachen der Massenarbeitslosigkeit von heute ging Genosse Broeker über zur Erörterung der Mittel ihrer Bekämpfung. Partei und Gewerkschaft lehnten sich übereinstimmend und gemeinsam ein für Einführung einer Arbeitslosenversicherung, um an die Stelle der jetzigen Fürsorgeunterstützung, verbunden mit der Bedürftigkeitsprüfung, einen klaren Rechtsanspruch auf Unterstützung zu setzen, dessen Höhe zu bemessen sei nach der Leistung des geschätzten Beitrags, also nach Lohnklassen.

Eine Zwischenfrage sofort beantwortend, ging Genosse Broeker ausführlich ein auf die Schwierigkeit der Beschaffung von

Notstandsarbeiten für erwerbslose Angestellte und für Frauen.

hier Mittel und Wege zur Abhilfe zu finden, sei ein bis jetzt noch nicht gelöstes Problem.

Wenn in den Jahren 1930 bis 1934 der Geburtenausfall der Kriegsjahre sich in der auf die Hälfte der sonst üblichen Zahl zur Schulentaugung kommenden Jugendlichen auswirke, dann werde eine Entlastung des Arbeitsmarktes eintreten. Auch die gezielte Festlegung des Achtstundentages wie die Hebung der Kaufkraft der Bevölkerung durch bessere Löhne, aber insbesondere die Solidarität aller Arbeitenden im Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen durch ihre Sammlung in starken gewerkschaftlichen und politischen Organisationen werden helfen können, die Arbeitskrise mit der Zeit zu überwinden.

Reicher Beifall dankte dem Redner für seinen außerordentlich instruktiven Vortrag. Von den folgenden Diskussionsrednerinnen wurde das Erwerbslosenproblem von den verschiedensten Seiten beleuchtet.

Genossin Bohn-Schuch berichtete ausführlich von der Tätigkeit der Reichstagsfraktion auf diesem Gebiet, die bei den Werttätigen selbst leider nicht immer Verständnis und Unterstützung gefunden habe, daß insbesondere viele Frauen, statt ihrer Männer im Widerstand gegen Durchbrechung des Achtstundentages zu stehen, sie direkt verleitet, dies zu tun.

Immerhin konnte Genossin Schuch von einigen Erfolgen berichten, wie z. B. die Erhöhung der Unterstützungssätze, die Wiedereinführung der Unterstützung für Kurzarbeiter und vor allen Dingen von der Gleichstellung der erwerbslosen Arbeiterin mit ihren männlichen Kollegen. Ausführlich behandelte Genossin Schuch das

Problem der erwerbslosen Jugendlichen.

für die zwar Naturalversorgung gegen Ableistung einer bestimmten Fortbildungspflicht erreicht sei, deren Entwicklung, Erziehung zu produktiver Arbeitsleistung, Berufsausbildung, Heranbildung zu Qualitätsarbeitern nach unendlichen Mitteln und ernstes Wollen erfordern. Düsseldorf und Berlin haben bereits vorbildlich in dieser

Richtung gewirkt, doch bleibe das meiste noch zu tun. Dazu gehöre vor allen Dingen völliges Verbot jeglicher Kinderarbeit. Genossin Lodenhagen behandelte die

Leistungen der Gemeinde Berlin

auf dem Gebiet der Erwerbslosenfürsorge, die ihre Grenzen in den Mitteln der Gemeinden fänden.

Genossin Wepl spricht in der Hauptsache von der neu einsetzenden Unterernährung der Kinder und Jugendlichen und der Unmöglichkeit ihrer Vollerziehung wegen Mangel an Mitteln.

Die folgenden Rednerinnen Hanna Kühn, Schenkelow, Henriquez gehen auf Einzelwirkungen der Erwerbslosennot ein. Genossin Scheibhaber folgert die politische Abhängigkeit aus der jetzigen Unterstützungsförm.

Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 12. September 1926 im ehemaligen Herrenhaus tagende Bezirksfrauenkonferenz der sozialdemokratischen Frauen Berlins fordert vom Reich, Staat und Gemeinden eine energische Durchführung des Programms für die Notstandsarbeiten unter reiflicher Innehaltung der für den Arbeitsmarkt geltenden Tarifbestimmungen. Sie weist die Reichsregierung darauf hin, daß Berlin mit 7,5 Proz. Erwerbslosen den Reichsdurchschnitt weit übersteigt. Die Konferenz erwartet, daß dieser Hinweis die Reichsregierung dazu veranlassen wird, Berlin bei der Zuteilung von Notstandsarbeiten aus Reichsmitteln entsprechend zu berücksichtigen.“

Die Frauenkonferenz fordert ferner Regierung und Reichstag auf, in dem vorliegenden Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung 1. eine gerechte Bemessung der Unterstützungssätze, 2. an Stelle der Bedürftigkeitsprüfung einen klaren Rechtsanspruch und 3. eine gerechte Regelung der Kurzarbeiterunterstützungen zu sichern.“

Sobald erstattete Genossin Michaelis einen in Rücksicht auf die vorgerückte Stunde nur kurzen Bericht über den Frauenkursus in Friedrichroda.

Zum Schluß sprach Genossin Lodenhagen über unsere Winterarbeit.

die mit der Gewerkschaftswerbewoche eingeleitet, in der Parteiwerbewoche im Oktober ihre Fortleitung und in der letzten Mitarbeiter der Genossinnen in Partei und Gewerkschaft ihre Auswirkung finden müsse.

Genossin Wurm richtete zum Schluß die Mahnung an die Genossinnen, den Sozialismus im Kopfe und im Herzen zu tragen, von unten auf zu kämpfen um Aufstieg wie um Recht, Klassen-solidarität zu üben, ob Mann oder Weib, auch über die Grenzen hinweg. Den englischen Bergarbeitern in ihrem schweren Kampf wünsche sie namens der Konferenz vollen und baldigen Erfolg.

Dann erhoben sich die Genossinnen, und feierlich klang die Internationale durch den Saal als Abschluß dieses reichen Tages.

Die Erwerbslosigkeit auch eine Folge der Altersvergrößerung der Bevölkerung; infolge des Geburtenausfalls der Kriegs- und Nachkriegszeit stehen heute von der Gesamtbevölkerung verhältnismäßig viel mehr Menschen in dem Alter, in dem man berufstätig zu sein pflegt. Überall ist die Zahl der Angestellten stark angewachsen. Auch die Zahl der Arbeiter und der mithelfenden Familienangehörigen dürfte nach den vorliegenden Ergebnissen allgemein ansteigen sein. Dagegen ist die Zahl der Hausangestellten überall mit Ausnahme von Ostpreußen zurückgegangen.

Die für die einzelnen Ländergebiete durchgeführten Vergleiche der sozialen Gliederung lassen vorläufig noch wenige Schlüsse auf das Gesamtgebiet zu, haben also mehr örtliches Interesse. Bemerkenswert ist aber, daß der Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Berufstätigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen überall, mit Ausnahme von Ostpreußen und Mecklenburg, also auch in Bayern, zurückgegangen ist. Die Tendenz zur Industrialisierung hält also an. Auffallend ist, daß der Handel und Verkehr in allen Ländern ein starkes Wachstum zeigt, und zwar hat hier sowohl die Zahl der selbständigen Existenzen — wahrscheinlich infolge der Zunahme der Handelsbetriebe — als auch die Zahl der Angestellten sich wesentlich vermehrt.

Aus den genannten Gebieten liegen ferner wichtige Ergebnisse über die landwirtschaftliche Betriebszählung vor, wobei besonders in die Augen springt, daß die Zahl der Parzellenbetriebe mit einem Grundbesitz unter zwei Hektar sich wesentlich vermehrt hat. Das liegt vor allem an der Zunahme der Kleingärten, die diesmal von der Statistik vollständig erfasst wurden im Gegensatz zu früher. Für die Beurteilung der landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse ist ein Schluss nicht möglich, den das Statistische Reichsamt auf Grund der vorliegenden Leitergebnisse ausdrückt: Gegenüber der Vorkriegszeit sind die Großbetriebe in stärkerem Ausmaß zum Aufbau von Handelsgewächsen wie Obstfrüchten und Gemüse in selbständiger Kultur übergegangen. Das ist eine intensive Form der Bewirtschaftung. Wenn also die Großagrarier heute noch immer über angeblich unzulässige Getreidepreise klagen, wird man auf Grund der landwirtschaftlichen Betriebszählung, wenn erst alle Resultate vorliegen, die Frage aufwerfen müssen, ob und inwieweit etwaige Ausfälle in den anderen Fruchtarten durch diesen intensiveren Anbau von Handelsgewächsen wettgemacht werden.

Die Ergebnisse der gewerblichen Betriebszählung aus den genannten Ländern eignen sich vorerst zu einer Darstellung noch nicht, da Vergleiche mit der letzten Zählung vorläufig schwer zu ziehen sind und die eigentlichen großindustriellen Gebiete bisher nicht berücksichtigt werden konnten. Wir werden auf diesen Teil der Statistik, wenn weitere Ergebnisse vorliegen, zurückkommen.

Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine. Der Bericht der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine für das zweite Vierteljahr 1926 stellt einen Gesamtumsatz von 2.261.655 Mk. fest, gegen 1.878.245 Mk. im zweiten Vierteljahr 1925. Am Gesamtumsatz des Jahres 1926 war die Druckerei- und Papiermanufaktur mit 1.492.049 Mk. (237.255 Mk. mehr), das Versicherungswesen mit 755.389 Mk. (144.213 Mk. mehr) und das Elektrizitätswesen mit 14.177 Mk. (1942 Mk. mehr) beteiligt. Der Gesamtumsatz in der Zeit von Januar bis einschließlich Juni 1926 steigerte sich um 1.118.687 Mk., gegen die gleiche Zeit des Vorjahres auf 4.742.756 Mk. Das zweite Vierteljahr weist zwar einen erheblichen Mehrumsatz auf, steht aber darin hinter dem ersten Halbjahr zurück. Eine weitere Steigerung in den nächsten Vierteljahren wird hoffentlich eintreten.

10 Proz. Dividende in einem Gardinen- und Spitzenkonzern. Nach dem dividendenlosen Abschluß der Gardinenfabrik Blauen L.-G. verdeckt der Geschäftsbericht der Dresdener Gardinen- und Spitzenmanufaktur A.-G., der eine Dividende von 10 Proz. ankündigt (im Vorjahr 12 Proz.) besondere Beachtung. Die Gesellschaft hat ein Kapital von 6,9 Millionen Mark und beherbergt die Weberei und Spinnerei und Weberei A.-G., die 4 Proz. ausschüttet, sowie die A.-G. für Gardinenfabrikation vorm. I. A. Berlin in Dessau, deren Vorjahrsdividende 10 Proz. betrug. Das Geschäftsjahr schloß am 31. Mai 1926, umschließt also ebenfalls die kritischste Periode der Wirtschaftskrise. Im Gardinengeschäft lei es nicht möglich gewesen, die schweren Konjunkturrückgänge zu parieren; immerhin sei leidliche Beschäftigung möglich gewesen. Das Spitzengeschäft habe zunächst durch die Spitzenkonjunkturmode gewonnen; dann habe die Wirtschaftslage zur zeitweiligen Stilllegung gezwungen. Das Tüllgeschäft lag unter dem Einfluß der Mode sehr ruhig. Im Export einen Ausgleich zu schaffen, sei nur sehr schwer gelungen. Der Verlauf des Geschäftsjahres sei als wenig befriedigend anzusehen. Natürlich ist dieser Bericht bemüht, die Lage schwarz zu färben, um den offenbar sehr vermögenden Aufsichtsräten und Aktionären den keinen Abschlag an der Lantime und Dividende leichter zu machen. Immerhin sind die Gewinne doch niedriger ausgewiesen als im Vorjahr: der Fabrikationsgewinn mit 0,92 (1,54) Mill., die Abschreibungen mit 0,26 (0,33) Mill., der Reingewinn mit 0,80 (1,49) Mill. Mark. Die Bilanz bleibt nach wie vor sehr flüssig, wenn auch in diesem Jahre ähnliche Rückstellungen wie im Vorjahr (530.000 Mk.) nicht möglich sind. Die Abschreibungen auf Maschinen, Inventar, Licht-, Kraft- und Wasseranlagen sind mit 15—33 1/2 Proz. wieder sehr beträchtlich. Die Warenlager sind mit 3,80 (2,37) Mill. Mk. „vorsichtig“ bewertet. Jedenfalls blieb die Lage der Dresdener Gardinen- und Spitzenmanufaktur A.-G. trotz der Krise eine sehr günstige.

Polen und die ehemals deutschen Stickstoffwerke Chorzow. Die Stickstoffwerke Chorzow waren bekanntlich Gegenstand eines internationalen Rechtsstreites, der jetzt durch das Haager Schiedsgericht entschieden wurde. Dieses bei Beuthen in Oberschlesien gelegene Kalkstickstoffwerk gehörte dem Reiche, gelangte dann bei der Abtrennung Ostoberschlesiens unter polnische Gebietshoheit, wurde von Polen enteignet, bis diese Enteignung von Deutschland angefochten wurde. Das Haager Schiedsgericht hat dann das Vorgehen Polens für unberechtigt erklärt. Die Wichtigkeit dieses Wertes für die Stickstoffproduktion geht aus dem Jahresbericht für das Jahr 1925 hervor. Das Jahr 1925 brachte für die Stickstoffwerke in Chorzow eine erhebliche Zunahme der Produktion. Die Erzeugung betrug:

	1925	1924
Stickstoffdünger	84 738 Tonnen	51 026 Tonnen
Salpater	70 800	44 462
Verarbeitung von Stickstoffdünger	11 050	44 462
Salpetersäure	4 822	1 147
Katronsalpeter	2 718	122
Ammonsalpeter	1 702	2 718

Der Reingewinn für den Staat beträgt 3,15 Millionen Mark. Die Arbeiterzahl belief sich auf 1897 und in den neuen Anlagen auf 200. Die von Deutschland geforderte Entschädigung hat Polen bisher derweiligt.

Nehmen Sie Biomalz

wenn Sie Ihre Gesundheit und ein gutes, blühendes Aussehen erhalten wollen. Ihre Nerven erholen sich. Ihre Arbeitskraft hebt sich. Sie leisten mehr in Ihrem Beruf. Biomalz kräftigt und erfrischt den ganzen Körper ungemain. Schläffe, welke Züge verschwinden.

die Gesichtsfarbe wird frischer

und rosiger, der Teint reiner. Bei mageren, in der Ernährung heruntergekommenen Personen macht sich eine Hebung des Appetits, des Gewichts und infolgedessen eine mäßige Rundung der Formen bemerkbar, ohne daß überflüssiger und lästiger Fettsatz die Schönheit der Formen beeinträchtigt.



Biomalz ist allen durch Ueberarbeitung, Krankheit, Nervosität geschwächten Personen zu empfehlen. Von Professoren und Ärzten glänzend begutachtet.

Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien. Preis einer Dose 1,90 Mk., mit Eisen (zur Stärkung für Blutarme und Bleichsüchtige) 2,20 Mk., mit Kalk extra (zur Stärkung für Lungenleidende) 2,50 Mk., mit Lebertran 2,50 Mk., mit Lecithin 5.— Mk. Man verlange nur das echte Biomalz, nichts anderes, angeblich „Ebensogutes“. Achte genau auf das Etikett. Druckschriften versenden wir auf Wunsch umsonst und postfrei.

Biomalz-Schokolade, je 100-Gramm-Tafel 60 Pf. und Biomalz-Bonbons, bestes Linderungsmittel bei Husten und Heiserkeit, vorzüglicher Geschmack, je Beutel 30 Pf., Dose 50 Pf.

Gebr. Patermann, Teltow-Berlin 10.

Die Perle.

Von Jack London.

Trotz ihrer plumpen Linien steuerte die „Korai“ leicht in der sanften Brise. Um den Sog der Brandung zu vermeiden, ließ ihr Kapitän sie weit einlaufen, ehe er wendete. Das Vokel Hitiuru lag niedrig auf dem Wasser, ein Kreis von seinem Korallenrand, an hundert Ellen breit, zwanzig Meilen im Umkreis und drei bis fünf Fuß über der Hochwasserlinie. Auf dem Grunde der ungeheuren, glasclaren Lagune lagen viele Perlenmuscheln, und vom Deck des Schoners aus konnte man jenseits des schmalen Atollringes die Taucher bei der Arbeit sehen. Aber die Lagune bot selbst für einen Handelschoner keine Einfahrt. Bei günstigem Winde konnten Kutter durch den flachen gewundenen Kanal hineinschlüpfen, aber Schoner mußten draußen bleiben und ihre kleinen Boote hineinschieben.

Die „Korai“ schwang ein Boot aus, und ein halbes Duzend braune, nur mit einem scharlachroten Vordenschurz bekleidete Matrosen sprangen hinein. Sie ergriffen die Riemen, während achtern am Ruder ein junger Mann stand, in dem man an der weißen Tropenkleidung den Europäer erkannte. Aber er war es nicht ganz. In dem Sonnenglanze seiner hellen Haut, auf der goldene Lichter spielten, dem blauen Schimmer seiner Augen verriet sich Polynesien. Es war Raoul, Alexander Raoul, der jüngste Sohn von Marie Raoul, der reichen Quattronin, die ein halbes Duzend Handelschoner wie die „Korai“ besaß. Durch die toschende Flut eines Wirbels gerade vor der Einfahrt erkämpfte sich das Boot seinen Weg in die spiegelblanke Ruhe der Lagune. Der junge Raoul sprang auf den weißen Sand und schüttelte einem langen Eingeborenen die Hand. Brust und Schultern des Mannes waren prächtig, aber der Stumpf des rechten Armes, über dessen Fleisch der altersgebleichte Knochen mehrere Zoll hinausragte, bezeugte die Begegnung mit einem Hai, die seinen Tauchertagen ein Ende und ihn zu einem Speichellecker gemacht hatte, der um geringe Günstbeweise froh.

„Hast du gehört, Aeg.“ waren seine ersten Worte. „Rapuhi hat eine Perle gefunden — eine solche Perle! Noch nie hat man ihresgleichen gesehen, weder auf Hitiuru, noch auf allen Baumotuiseln, noch in der ganzen Welt. Kauf sie ihm ab. Er hat sie noch. Und vergiß nicht, daß ich es dir erzählt habe. Er ist ein Dummkopf, du kannst sie billig bekommen. Hast du ein bißchen Tabak?“

Raoul steuerte gerade über den Strand auf eine Hütte los, über der sich grüne Pandangzweige wiegten. Er war der Superfargo seiner Mutter und hatte von ihr den Auftrag, die ganzen Baumotuiseln nach ihrem Reichtum an Kopra, Nuscheln und den darin enthaltenen Perlen zu durchstöbern.

Es war ein junger Superfargo, erst auf seiner zweiten Reise in dieser Eigenschaft, und litt manche geheime Qual, weil er so wenig Erfahrung im Einschätzen von Perlen besaß. Als aber Rapuhi ihm die Perle zeigte, glückte es ihm doch, sein Stauen zu unterdrücken und einen unbekümmerten, geschäftsmäßigen Ausdruck zu bewahren. Sie war so groß wie ein Taubenel, vollkommen rund und von einer Weiße, die in Lichtern von allen Farben schillerte. Als Rapuhi sie in seine Hand gleiten ließ, war er über ihr Gewicht erstaunt. Das zeigte, daß es eine gute Perle war. Er prüfte sie genau durch eine Taschenupe. Sie war ohne Fehl und Makel. Ihre Reinheit schien sich mit der Atmosphäre zu verschmelzen. Im Schatten leuchtete sie zart und schimmerte sanft wie der Mond. So durchsichtig war sie, daß er Trübe hatte, sie in einem Glas Wasser wiederzufinden.

„Na, was willst du dafür haben?“ fragte er mit gutgepielter Gleichgültigkeit.

„Ich will —“ begann Rapuhi, und hinter ihm nickten zu beiden Seiten seines dunklen Gesichtes die zweier Frauen und eines Mädchens ihren Beifall zu seinen Wünschen. Ihre Köpfe waren, erregt von unterdrücktem Eifer, vorgebeugt, und ihre Augen blühten begehrlieh.

„Ich will ein Haus haben,“ legte Rapuhi los. „Es muß ein Dach aus verzinktem Eisenblech und eine achtgedige Wanduhr haben. Es muß sechs Faden lang sein und rund herum eine Säulenhalle haben. Drinnen muß ein großes Zimmer sein, mit einem runden Tisch in der Mitte und der achtgedigen Uhr an der Wand. Vier Schlafzimmer muß es haben, zwei auf jeder Seite des großen Zimmers, und in jedem Schlafzimmer müssen ein eisernes Bett, zwei Stühle und ein Waschtisch sein. Und hinten am Hause muß eine Küche sein, eine gute Küche mit Töpfen, Pfannen und einem Herd. Und du mußt das Haus auf meiner Insel — auf Fatarava — bauen.“

„Ist das alles?“ fragte Raoul ungläubig. „Eine Nähmaschine muß da sein,“ nahm Tefara, Rapuhis Weib, das Wort.

„Nicht zu vergessen die achtgedige Wanduhr,“ fügte Kauri, Rapuhis Mutter, hinzu.

„Ja, das ist alles,“ sagte Rapuhi.

Der junge Raoul lachte. Er lachte lang und herzlich. Aber während er lachte, zerbrach er sich den Kopf mit Rechenproblemen. Er hatte noch nie im Leben ein Haus gebaut, und seine Begriffe waren in dieser Beziehung etwas unklar. Während er lachte, berechnete er die Kosten der Reise nach Tahiti, woher die Materialien geholt werden mußten, der Materialien selbst, der Rückreise nach Fatarava, der Landung der Materialien und des Hausbaus. Wenn man zur Sicherheit reichlich rechnete, kamen viertausend französische Dollar heraus — viertausend Dollar waren gleich zwanzigtausend Franken. Das war unmöglich. Woher sollte er den Wert einer solchen Perle kennen? Zwanzigtausend Franken waren eine Menge Geld — und obendrein das Geld seiner Mutter.

„Rapuhi,“ sagte er, „du bist ein großer Narr. Nach einem Preis in Geld.“

Aber Rapuhi schüttelte den Kopf, und drei Köpfe hinter ihm wurden im Chor geschüttelt.

„Ich will das Haus haben,“ sagte er. „Es muß sechs Faden lang sein und rundherum eine Säulenhalle —“

„Ja, ja,“ unterbrach Raoul ihn, „ich weiß Bescheid über dein Haus, aber es geht nicht. Ich will dir tausend Chilidollar geben.“

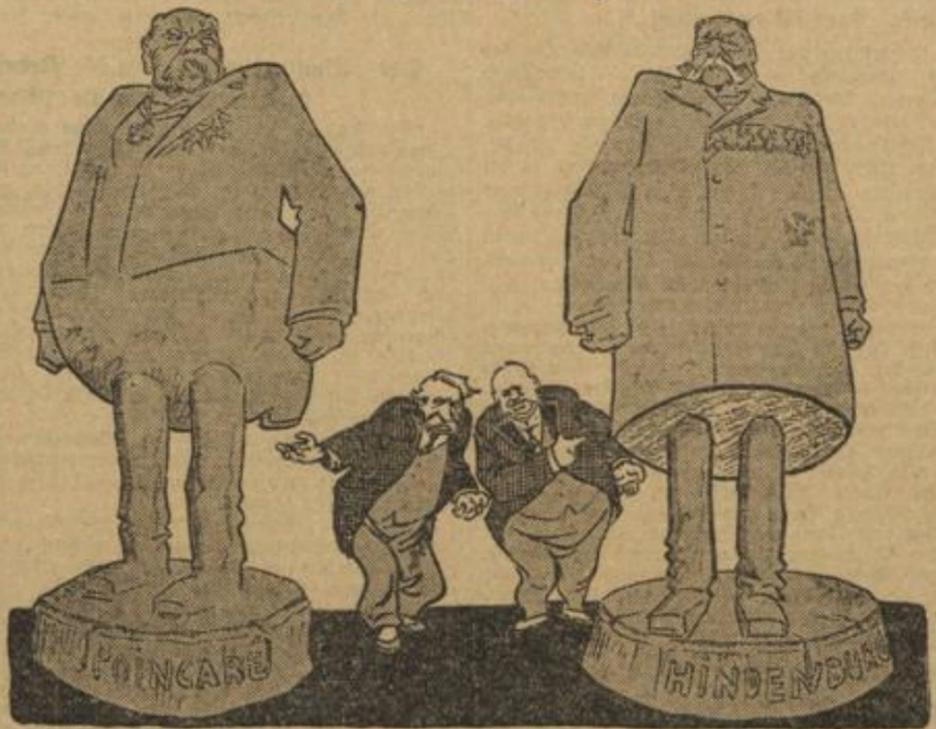
„Ich will das Haus haben,“ begann Rapuhi.

„Was hast du von dem Haus?“ fragte Raoul. „Der erste Ortan legt es weg. Das solltest du doch wissen. Kapitän Raffy sagt, daß es gerade jetzt sehr nach einem Ortan aussieht.“

„Nicht auf Fatarava,“ sagte Rapuhi. „Da liegt das Land viel höher. Auf dieser Insel, ja. Jeder Ortan kann Hitiuru weglegen. Ich will das Haus auf Fatarava haben. Es muß sechs Faden lang sein und rundherum eine Säulenhalle haben —“

Und Raoul wurde nochmals die Beschreibung des Hauses vorgelesen. Mehrere Stunden verwandte er auf den Versuch, Rapuhi das

Nicht zu machen!



„Wollen wir die beiden sich nicht mal umarmen lassen!“
„Aber das geht ja nicht. Sie sind doch beide aus Holz.“

Haus aus dem Kopfe zu hämmern; aber Rapuhis Mutter und Weib und Ngatura, Rapuhis Tochter, bestärkten diesen in seinem Entschlus. Bei der zwanzigsten Beschreibung des verlangten Hauses sah Raoul das zweite Boot seines Schoners auf den Strand fahren. Die Matrosen blieben an den Riemen und zeigten damit, daß sie schnell wieder weg wollten. Der erste Steuermann der „Korai“ sprang an Land, wechselte ein paar Worte mit dem einarmigen Eingeborenen und eilte dann zu Raoul. Der Tag wurde plötzlich dunkel, eine Bö verborg die Sonne. Jenseits der Lagune konnte Raoul die unheilvollende Linie des Windstoches sich nähern sehen. „Kapitän Raffy sagt, Sie mühten machen, daß Sie hier wegkönnen,“ lautete der Gruß des Steuermanns. „Wenn's hier irgend 'ne Nuschel gibt, mühten wir's drauf ankommen lassen und sie später auffammeln — sagt er. Das Barometer ist auf neunundzwanzig, siebzig gefallen.“ (Fortsetzung folgt.)

Ein faschistischer Knigge.

Die faschistischen Bestrebungen trachen überall im Gebälk. Ob in Rußland, ob in Spanien, ob in Italien; überall müssen die Diktatoren, mögen sie nun gelehrte Militaristen oder verkragte Schulmeister sein, mit immer neuen Konzeptionen, teils an ihre Clique, teils an die Öffentlichkeit selbst, ihren Glanz neu lackieren, damit er nicht gänzlich verblasse. Immer aber zeigt sich auch erneut, daß bei ihnen und ihrer Anhänger Taten von einer geistigen Idee, die ihr Gewaltssystem trüge, nicht die Rede sein kann, daß es eben nichts ist als Gewalt, angewandt gegen den physisch Schwächeren. Zur Evidenz enthüllt sich diese Tatsache, wenn Faschisten aller Nationen versuchen, ihre Anschauungen in ein geistiges Mäntelchen zu kleiden; immer bleibt der Knüppel das letzte, überzeugende Argument. Und immer kommt dabei heraus eine Travestie des Schiller'schen Wortes vom Schwerte, das als letztes Mittel bleibt, wenn kein anderes mehr gegeben.

Ein Musterbeispiel faschistischer Verwirrung aller Begriffe von Gut und Böse, Moral und Sitte und der vollkommenen Umprägung aller gesellschaftlichen und geistigen Wertungen vermittelst zielbewusster Faustschläge ist das kürzlich in Italien erschienene „Handbuch des vollkommenen Faschisten“. Es faßt nach einem Bericht des römischen Korrespondenten des „Manchester Guardian“ die „Ideen“ des Faschismus in 87 Sätzen und 10 Axiomen zusammen. Sein Schreiber Longanesi hat die Genugtuung, daß die führenden Faschisten, denen er sein Nachwort widmete, die Widmung annahmen. Das genügt, um es für die italienischen Faschisten obligatorisch werden zu lassen und zugleich, um das Wesen des Faschismus, soweit es nicht in dem vulgären Imperativ „Bereichere Euch“ besteht, unübersehblich zu erhalten. Einige Zitate aus dem Buche mögen diese Behauptung erhellen:

Grundsatz 16: Gerechtigkeit ist nichts Wesentliches für euch; wesentlich ist, was italienisch ist.

Grundsatz 19: Pfeist im Theater alles aus, was beleidigend ist für Gott, Familie, Vaterland oder Partei.

Grundsatz 20: Wenn Ausländer Goethes Lob singen, denkt dann an Dante.

Grundsatz 59: In Italien könnt ihr sagen: Italien ist ein schmutziges Land. Aber im Ausland müht ihr selbst Italiens allgemein bekannten Schmutz hochhalten und loben. Und wenn eure Argumente nicht gelten, sagt dann: Italien ist ein armes Land!

Grundsatz 84: Für den Faschisten war der Krieg 1914 bis 1918 nicht der letzte, sondern der erste große.

Grundsatz 86: Verbirg deinen Knüppel, wo du willst, auf dem Boden oder in einer Kiste. Glaube: er ist eine Menge wert! Axiom 2: Du hast dein Gewehr und Bajonett nicht bekommen, um es rosten zu lassen, sondern im Hinblick auf den kommenden Krieg!

Axiom 1c: Krieg ist Brot für den faschistischen Streiter!

So greift und wühlt wie jede Gewaltanwendung, die doch nur erfolgt, wenn friedliche Ueberzeugungsversuche an der Kraftlosigkeit ihrer Argumente scheitern, ist auch dieser faschistische Katechismus. Und ebenso dumm obendrein! Gibt er doch ganz im Gegensatz zu den faschistischen Versicherungen von Ordnung und Aufschwung Italiens unter faschistischer Herrschaft den „bekanntem“ Schmutz Italiens als Tatsache zu und stellt ihn gar als Charakteristikum des Landes hin, auf das der Faschiste stolz zu sein habe. Und ebenso enthüllt er in seiner Kriegsphilosophie die Expansionsgelüste des Faschismus, der während seiner politischen Herrschaft eine dauernde Gefährdung des Weltfriedens bedeutet. Und wenn man dann darin noch Sätze liest wie den folgenden:

„Es ist eine konventionelle Lüge, daß Frankreich eine Schwesternation sei...“
so wirkt das wie eine Unterstreichung der Mittelmeergerüste Italiens, die sich nur gegen Frankreich richten können.

Beinahe verführend mit dieser Tollheit wirkt der Schluß der Longanesischen Thesen:

„... Ihr habt einen Duce (zu Deutsch: Führer, nicht Herzog, wie vielfach angenommen wird. Im Italienischen bedeutet Duce einen Herzog); Mussolini! Es gibt nur EINEN Mussolini!...“
Dieser Putschpöbel ist wirklich gerade gut genug dazu, seinen Namen als Siegel unter solche Abiotie herzuheften!

Was eine Meeresströmung vermag.

Die bereits kurz berichtet wurde, ist an der für regenlos geltenden Küste von Peru im Winter 1924/25 durch Veränderungen im Laufe der Meeresströmungen eine vollkommene Umwälzung des Klimas hervorgerufen und dem Lande ungeheurer Schaden zugefügt worden. Eingehende Untersuchungen über diese Katastrophe, die zeigt, was eine Meeresströmung anrichten vermag, sind von verschiedenen amerikanischen Gelehrten durchgeführt worden, und ihre Ergebnisse werden in den „Naturwissenschaften“ mitgeteilt. An der ganzen Küstendreecke von den äußeren Teilen des Golfes von Guanaquil südwärts bis in die Gegend von Valparaiso in Chile sind die Küstengewässer des nordwärts fließenden Humboldtstromes bemerkenswert kühl und die ganzen Küstengebiete des Ozeans bis weit über 100 Meilen hinaus außerordentlich regenarm. Infolgedessen ist die Vegetation auf dem Lande sehr spärlich, das Leben im Meer außerordentlich reich. Alljährlich um Weihnachten erscheint im nördlichen Peru ein warmer, südwärts fließender Gegenstrom zu dem kalten Humboldtstrom, genannt el Rino, das Kind — gemeint ist das Christkind.

Dieses „Christkind“ hat sich aber zu Anfang 1925 als unglückbringend erwiesen. Es besteht eine gewisse Periodizität bei dieser warmen Strömung, deren Wirkungen alle sieben Jahre stärker und weiterreichend sind. Alle 34 Jahre erreicht der Strom seine höchste Kraft, und die Verheerungen von 1891 ähneln denen von 1925, waren aber damals nicht so furchtbar. Im Dezember 1924 war die Seewassertemperatur im nördlichen Peru noch normal; am 18. Januar 1925 aber erfolgte ein plötzliches Ansteigen; den Tag darauf setzten die ersten Regen ein, und vom 27. Januar ab regnete es ununterbrochen. Um die Mitte April begann dann wieder die Wendung zu den natürlichen Bedingungen. Die Folge dieser plötzlichen Wärmewelle und Regenstürze war zunächst die, daß das Plankton des Humboldtstromes abstarb, wohl weil der „Rino“ neben den höheren Temperaturen schädliche Gemische mit sich führte. Die Fischer konnten nichts mehr fangen. Fliegende Fische, Delphine und andere tropische Fische drangen selbst in die Häfen ein. Die Guanabogel starben, und das große Sterben verbreitete sich rasch südwärts, so daß bald ungezählte Tausende von Leichen die ganze Küstenlinie bedeckten. Um die Feuererschiffe scharten sich abgezehrte, von Ungeziefer gequälte Seevögel, die zu schwach waren, die Wände zu erklimmen. Nur die wirklichen tropischen Vögel, wie der Fregattvogel, die dem Ozeanwasser von hoher Temperatur angepaßt waren, wurden von dem Untergang nicht ergriffen. Die Unterschiede in den Temperaturen des Ozeans riefen große Wandlungen im Luftdruck hervor. Die Regenmassen waren für das trockne Klima ganz ungeheuerlich. Während z. B. Trujillo von 1918 bis 1925 im ganzen 85 Millimeter Regen hatte, fielen dort im März 1925 allein 395 Millimeter.

Die Flüsse und Trockenbetten schmolzen zu rasenden Strömen an, zerstörten Wege, Eisenbahnen, Brücken und legten Häuser nieder. Lima und Callao waren vollständig durch das Wasser abgesperrt und konnten nur notdürftig versorgt werden. Aus den so entstandenen Sümpfen stiegen Miasmen von Malaria hervor, Malaria trat auf, rheumatische Leiden stellten sich ein, Beriberi brach bei den zunehmenden Ernährungsschwierigkeiten aus und viele Menschen starben an Darmentzündungen. Infolge des veränderten Salzgehaltes des Meeres gingen die Schiffsböden zu saulen an. Die sonst ganz wüste Küstendreecke verwandelte sich Anfang März in eine tropische Landschaft; selbst Baumwolle konnte gepflanzt werden, und Wassermelonen gediehen vorzüglich. Millionen von Vögeln, die Feinde der Malaria, schwärmten aus, und später im Juni kamen Grillen und fielen über die neue Vegetation her. Ungeheurer Schaden rief der Tod der alten Guanabogel hervor. Große Ansammlungen schmutzigen gelblich grünen Wassers trieben Zweige, Blätter, Wurzeln und anderes Gestrüch an die Küste und verstopften die Häfen. Die Geier lebten in dulce júbilo, und Giftschlangen traten auf. Die letzten Ursachen dieser Erscheinung sind wohl durch den Wechsel in der Ausstrahlung der Sonnenhitze hervorgerufen worden. Jedenfalls lehren solche Jahre der „Fruchtbarkeit“ — wenn auch freilich nicht mit so furchtbaren Folgeerscheinungen — öfters wieder, und man darf annehmen, daß der Siegeszug, den Bizarro von Piura nach Cuzco unternahm, nur durch eine plötzliche Befruchtung des sonst wüsten Küstengebietes möglich war.

